- **TVöD-Warnstreiks**
- **Gender**

DDS

Zeitschrift
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Bayern

März/April
2023

TVöD-Warnstreiks

3 **TVöD-Streiks am Weltfrauen*tag**
von unseren Kolleg*innen vor Ort

4 **Weitere TVöD-Warnstreiks**
von unseren Kolleg*innen vor Ort

6 **Fachkräftemangel in Kitas: Ursachen, Auswirkungen, Handlungsmöglichkeiten**
von Wolfgang Nördlinger

8 **Kinderpfleger*innen an der Belastungsgrenze**
Wege zu besseren Arbeitsbedingungen
von Siegfried Grob

9 **Spezielle Formen des Protestes für Lehrkräfte**
von Siegfried Grob

10 **Mache dich fit, liebe Lehrkraft, denn es kommt noch härter**
von Florian Kohl

Gender

12 **Gute Gründe für sexuelle Bildung durch externe Fachkräfte**
von Sebastian Kempf

14 **»Sorgende Städte« – feministisches Plädoyer für eine kommunale Sorgepolitik**
von Barbara Fried und Alex Wischnewski

16 **Männergesundheit – langsam wächst die Sensibilität**
Eine neue Studie thematisiert die körperliche und psychosoziale Lage junger Männer. Manche Ergebnisse sind durchaus ermutigend
von Thomas Gesterkamp

Was es sonst noch gibt

18 **Berichte**
- Beschäftigte in Kitas: »Wir wollen einfach nur unsere Arbeit machen!«
- Auf den Spuren Brechts in Augsburg
- E 13/A 13 für Lehrkräfte muss schnell und umfassend kommen
- Aktivenkonferenz zu den Forderungen zur Landtagswahl 2023
- Queerpolitische Themen auf der Agenda des Bundesausschusses Queer
- GEW-Mitgliederversammlung und Ehrung langjähriger Mitglieder im Kreis Hof-Wunsiedel
- Globaler Klimastreik in Memmingen
- Globaler Klimastreik in München
- Lützerath: Kapitalinteressen gegen wissenschaftliche Fakten
- »Bildung. Weiter denken!« – auch über Grenzen hinweg

23 **Erlesenes**
Auf den Spuren der Kritischen Theorie und der modernen Sozialphilosophie

Rubriken

24 **Seminare und Veranstaltungen**
25 **Leser*innenbrief**
26 **Geburtstage und Jubiläen**
28 **Kontakte**

Seminare im Rahmen der **gewerkschaftlichen Bildungsarbeit (gba)** werden per E-Mail ausgeschrieben und in einer ständig aktualisierten Liste auf unserer Internetseite bekannt gemacht: **gew-bayern.de/bildungsarbei**t

Bitte melde Änderungen deiner E-Mail-Adresse deswegen an **mitgliederverwaltung@gew-bayern.de**.

Aktuelle Mitgliedsdaten melden

Deine Mitgliedsdaten (Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle ...) haben sich geändert? Dann kannst du diese online unter gew-bayern.de/anmeldung selbst aktualisieren. Dort findest du auch deine Beitragsbescheinigung für das Finanzamt. Du kannst deine Änderungsmitteilungen aber auch weiterhin postalisch an die Geschäftsstelle der GEW Bayern senden oder dich per E-Mail an die GEW-Mitgliederverwaltung wenden: mitgliederverwaltung@gew-bayern.de Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Der Rechtsschutz wird nur gewährt, wenn der satzungsgemäße Beitrag entrichtet wurde.

GEW-Landesvertreter*innenversammlung (LVV) 2023
In der DDS 1-2 haben wir bereits viele Kandidat*innen für die LVV 2023 vorgestellt. Nun sind neue Kandidaturen hinzugekommen. Die Vorstellungstexte aller Kandidat*innen findet ihr hier: gew-bayern.de/lvv-2023

Telefonische Rechtsberatung für Mitglieder erfolgt nach Terminvereinbarung.

Dazu bitte eine E-Mail senden unter Angabe der eigenen telefonischen Erreichbarkeit und kurzer Schilderung der Angelegenheit – nötige Unterlagen im PDF-Format anfügen.
E-Mail: rechtsstelle@gew-bayern.de
Tel.: 089 544081-14

Impressum:

DDS • Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern
Geschäftsstelle: Neumarkter Str. 22, 81673 München, ☎ 089 5440810
E-Mail: info@gew-bayern.de • gew-bayern.de • facebook.com/GEWBayern/
Redaktionsleiterin: Dorothea Weniger, Neumarkter Str. 22, 81673 München
E-Mail: dorothea.weniger@gew-bayern.de
Redaktionelle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: Verena Escherich, Kilian Gremminger, Wolfgang Häberle, Hannes Henjes, Karin Just, Petra Nalenz, Gele Neubäcker, Magnus Treiber, Chrissi Wagner, Wolfram Witte
Gestaltung: Karin Just
Bildnachweis: (soweit nicht beim Foto berücksichtigt): Titel: Karin Just
Druck: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München ☎089 5029994
Anzeigenannahme: nur über die Redaktionsleitung
Anzeigenverwaltung: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München
☎ 089 5029994, E-Mail: team@druckwerk-muenchen.de
Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 14 vom 1.1.2017 gültig.
Mit Namen oder Namenskennzeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden Verfasser*innen dar und bedeuten nicht ohne Weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21 EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zuzüglich Porto.
Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.
Adressenänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.
Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 6. des Vormonats.

TVöD-Streiks am Weltfrauen*tag

Am 8. März, dem Weltfrauen*tag, riefen GEW und ver.di deutschlandweit zu Warnstreiks auf, um den Druck auf die Arbeitgeber bezüglich TVöD-Tarifverhandlungen zu erhöhen. Das Datum wurde wohlüberlegt gewählt, da im Sozial- und Erziehungsdienst der Kommunen vorwiegend Frauen* arbeiten, die auch nach der zweiten Verhandlungsrunde weiter auf Anerkennung warten. Das »Angebot« der Arbeitgeber ist für sie völlig inakzeptabel und nicht der Rede wert.

Allein in Bayern folgten Tausende Kolleg*innen dem Aufruf. Unterstützt wurden sie in München und Nürnberg von Frauen* aus feministischen Bündnissen. Auf den folgenden Seiten blicken wir sowohl auf diesen Streiktag als auch auf die davor liegenden Warnstreiktage zurück.

Abschließend noch ein wichtiger Hinweis: Während diese DDS gedruckt wird, findet die dritte TVöD-Verhandlungsrunde (27.-29. März 2023) statt. Infos zum aktuellen Stand der TVöD-Verhandlungen findet ihr hier:
gew-bayern.de/profis-brauchen-mehr • gew.de/troed2023

8.3.: München

Auf der GEW-Kundgebung in München begründete die bayerische GEW-Vorsitzende Martina Borgendale (Foto) in ihrer Rede die gewerkschaftliche Forderung nach höheren Löhnen u. a. mit der steigenden Inflation, die die Beschäftigten unter Druck setzt. Nach der Auftaktkundgebung zogen ca. 600 Streikende (Foto unten) weiter zu den Kolleg*innen der Schwestergewerkschaft ver.di auf den Stachus, wo sich am Ende ca. 2.500 Beschäftigte versammelten.

8.3.: Regensburg

Auch in Regensburg streikten die Kolleg*innen am Internationalen Frauen*tag für mehr Geld. Hinter dem GEW-Banner versammelten sich ca. 700 Kolleg*innen.

8.3.: Nürnberg

Auch in Nürnberg trugen sich viele Kolleg*innen bei der GEW-Streikerfassung ein. Ca. 3.000 Kolleg*innen beider Gewerkschaften forderten im Anschluss mehr Gehalt, um dem Fachkräftemangel zu begegnen und wenigstens die Preissteigerungen ausgleichen zu können.

8.3.: Ingolstadt

In Ingolstadt war der Parkplatz beim Volksfestplatz der Treffpunkt für die Kolleg*innen, bevor sie gemeinsam zum Paradeplatz zogen. Die ca. 1.000 Streikenden beider Gewerkschaften drückten ihren Unmut über das als dreist empfundene Angebot der Arbeitgeber auch über selbsterstellte Plakate aus.

Weitere TVöD-Warnstreiks

1.3.: Nürnberg – Streik der Jugend

Anfang März brachten die Auszubildenden ihren Unmut auf die Straße: Von Ausbeutung statt Ausbildung war zu lesen und eine Streikende meinte: »Wir leben nicht alle zu Hause bei unseren Eltern, wir zahlen Miete, Gas und Strom. Aber wovon noch, wenn die Preise derart steigen?« Wie der enorme Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst behoben werden soll, wenn die Auszubildenden nicht wertgeschätzt werden, sei ihr ein Rätsel. Solidarisch zeigten sich auch die GEW-Studis.

25.2.: Weilheim-Schongau/Garmisch-Partenkirchen

Nachdem nach der zweiten TVöD-Verhandlungsrunde klar war, dass das Angebot der Arbeitgeber völlig inakzeptabel ist und diese weiterhin Kindergarten spielen wollen, setzten sich die Kolleg*innen der GEW Weilheim-Schongau/Garmisch-Partenkirchen am 25. Februar in Anspielung darauf in einen Stuhlkreis auf den Weilheimer Marienplatz. Dort diskutierten sie die Probleme in den Betrieben und brachten die GEW-Forderungen zum TVöD auf die Straße.

22.2.: Geldbeutelwaschen in Lauf an der Pegnitz und München

An Aschermittwoch und vor der zweiten TVöD-Verhandlungsrunde versammelten sich Kolleg*innen aus dem Sozial- und Erziehungsdienst am Oberen Marktplatz in Lauf an der Pegnitz zum gemeinsamen Geldbeutelwaschen. Damit folgten sie dem alten Fastnachtsbrauch, der zeigen soll, dass die Taschen der Beschäftigten leer sind und dringend neues Geld hineingespült werden muss. Klar war auch in München: Sollten die Arbeitgeber ihrer Narretei, kein Angebot zu machen, kein Ende setzen, werden weitere Warnstreiks folgen.

16.2.: Nürnberg und Erlangen

Am 16. Februar machten am Nürnberger Kornmarkt und in Erlangen mehr als 4.000 Kolleg*innen deutlich, dass sie von dem ausbleibenden Angebot der Arbeitgeber aufgrund von angeblicher Finanzschwäche der Kommunen nichts halten. Ihre Antwort: Wir können es uns nicht leisten, auf spürbare Gehaltserhöhungen zu verzichten!

15.2.: Fürth

Nachdem die Arbeitgeber bis zu diesem Zeitpunkt nicht einmal ein Angebot vorlegten, versammelten sich am 15. Februar Hunderte Kolleg*innen in Fürth. Sie setzten damit ein starkes Zeichen und ein klares Signal an die Arbeitgeber.

14.2.: Aschaffenburg

Am Warnstreik Mitte Februar beteiligten sich sowohl die Kolleg*innen vom Jugendkulturzentrum »Jukuz« als auch die Kolleg*innen des Jugendamts und die eines Jugendtreffs aus dem Landkreis.

Wir bedanken uns bei allen Kolleg*innen, die während dieser Warnstreiks dazu beigetragen haben, dass sie auch mit ihren Bildern dokumentiert werden konnten. In unserer DDS haben wir leider nur begrenzt Platz für die Wiedergabe der Aktionen. Aber auf unserer Homepage und in den sozialen Medien können sich alle beteiligten Kolleg*innen wiederfinden:

Dieses Foto entstand vor mehr als 10 Jahren. Das Kitagebäude im Hintergrund wurde mittlerweile abgerissen. Ein neues wurde gebaut. Das Problem im Vordergrund aber besteht weiter.

Fachkräftemangel in Kitas: Ursachen, Auswirkungen, Handlungsmöglichkeiten

Die aktuelle katastrophale Lage in der Kita war absehbar, die letzten Maßnahmen dagegen waren politisch nicht durchdacht. Mit einem »Weiter so« können die massiven Probleme nun nicht mehr gelöst werden. Die Liste der Versäumnisse ist lang: Nach wie vor fehlen bundesweite Qualitätsstandards. Dem Anspruch auf einen Kitaplatz steht ein eklatanter Fachkräftemangel gegenüber. Die Kapazitäten an den Ausbildungsstätten werden weiter reduziert und bundeseinheitliche Standards in der Ausbildung fehlen. Gleichzeitig kehren immer mehr Beschäftigte der Kita aufgrund schlechter Arbeitsbedingungen den Rücken.

Dass der Fachkräftemangel nicht aus heiterem Himmel fiel, scheint den politisch Verantwortlichen immer noch nicht klar zu sein. Nach wie vor ignorieren sie die Ursachen. Auf den politischen Ebenen von Bund, Land und Kommunen doktern sie lieber mithilfe homöopathischer und nicht zielführender Maßnahmen an den Symptomen herum. Die Finanzierung steht dabei auf dem Kopf: Nicht die Notwendigkeit der Bildungsqualität bestimmt die bereitgestellten Finanzmittel, sondern die politisch gewährten Finanzmittel bestimmen die Arbeitsbedingungen des Personals und damit die Bildungsqualität. Dies gilt nicht nur für die Kita. Auch in der Behindertenarbeit verdrängte der Ökonomisierungsgedanke den Qualitätsaspekt. Anstelle der früheren Pflegesatzfinanzierung, die relativ kostendeckend war, ging man zur Budgetierung und Deckelung über. Verbunden wurde dies mit einem Scheinanreiz für Träger, die nun Gewinne mit ihren Einrichtungen erwirtschaften dürfen, was wiederum zu einem Qualitätsabbau führt.

Ade, frühkindliche Bildung und Erziehung

Die Einsicht, dass frühkindliche Bildung in guter Qualität und mit verbindlichen Standards hin zu mehr Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit allen Kindern zugutekommt und für gute Arbeitsverhältnisse sorgen kann, fehlt den politisch Verantwortlichen. Bildung und sozialer Ausgleich bleiben auf der Strecke, weil beides auf politischer Ebene zu unbedeutend zu sein scheint. Dies zeigt sich auf Bundes- und Landesebene: So war das sogenannte Gute-Kita-Gesetz auf Bundesebene zwar gut gemeint, doch die Qualität der Kitas konnte damit nicht entscheidend verbessert werden. Ähnliches geschieht auf bayerischer Landesebene mit dem Bildungs- und Erziehungsplan (BEP) sowie dem Bayerischen Kinderbildungsgesetz (BayKiBiG). Der ehemalige Leiter des Instituts für frühkindliche Bildung (IFP) Wassilios Fthenakis brachte es treffend auf den Punkt, als er schon vor Jahren meinte, dass aufgrund der Diskrepanz zwischen Anforderungen und den tatsächlich vorhandenen Ressourcen die Ziele des BayKiBiG nicht erreichbar seien. Noch länger liegt die drastische Kritik des ehemaligen Vorsitzenden des Bayerischen Städtetags Josef Deimer (CSU) zurück. Er äußerte sich gegenüber dem damaligen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber angesichts des 25-jährigen Bestehens des Bayerischen Kindergartengesetzes so: »Wer ständig ein besseres Angebot fordert, aber dafür nichts zahlen will, ist im Grunde ein Scharlatan, der mit der geringen Sachkenntnis des Publikums spekuliert und nur noch zynisch mit den Interessen der Kinder und Fachkräfte umspringt.«

Doch auch manche Eltern erkennen den Bildungsauftrag der Kitas noch nicht oder nicht mehr. Die Bedeutung

der frühkindlichen Bildung liegt für sie – wenn überhaupt – auf dem zweiten Rang hinter dem Betreuungsaspekt. Diesem Gedanken folgend gehen manche von ihnen sogar noch weiter. Sie schlagen dann schon einmal vor, Gruppen einfach zusammenzulegen. Denn aufgrund steigender Lebenshaltungskosten müssten sie arbeiten. Die Beaufsichtigung der Kinder sei dann das Wichtigste, gefolgt vom Betreuungsgedanken, Bildung dagegen sei nachrangig.

Und die Kommunen? Sie blasen ins gleiche Horn, wie z. B. der Ingolstädter Stadtrat: Er forderte jüngst die Staatsregierung auf, doch die Anforderungen an die Fachlichkeit des Personals im Rahmen von »Notverordnungen« zu reduzieren – ein Einfallstor für geringere Qualifikation sowie reduzierte Bildungsqualität. Auch wenn das Sozialministerium diesem Wunsch nur begrenzt entgegenkommt, ist schon dies brandgefährlich.

Laut »DGB-Index für gute Arbeit« finden Kitabeschäftigte ihre Arbeit zwar überaus sinnstiftend, doch ein großer Teil wirft nach fünf bis sieben Berufsjahren wegen der schlechten Arbeitsbedingungen das Handtuch. Ähnliche Untersuchungen von ver.di bestätigen die Flucht aus dem Beruf auch für den Pflegebereich. Dabei würden viele wieder in den Beruf einsteigen, wenn die Arbeitsbedingungen besser und die Überlastungen abnehmen würden.

Tarifverhandlung für mehr Wertschätzung

Nicht nur im Sozial- und Erziehungsdienst laufen zum Zeitpunkt des Schreibens dieses Artikels noch die Verhandlungen zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD). Einige Warnstreiks fanden bundesweit bereits statt, doch die Arbeitgeber mauern, trotz gestiegener Belastungen aufseiten der Beschäftigten. Immer mehr geflüchtete Kinder brauchen einen Kitaplatz, immer mehr Kinder kommen mit erheblichen Problemen in die Kita, die Inflationsrate und die Energiekosten steigen und für Inklusion, die diesen Namen wirklich verdient, fehlen die dafür notwendigen Rahmenbedingungen und die ausgebildeten Fachkräfte.

»Lockvogelangebote« führen nicht zum Ziel

Um den enormen Fachkräftemangel zu beheben, mangelt es bei den Verantwortlichen an Ideen, um das Personal, das dem Beruf den Rücken gekehrt hat, mithilfe höherer Attraktivität wieder zurückzugewinnen. Sie fehlen aber auch, wenn es darum geht, das Bestandspersonal mithilfe wesentlich besserer Arbeitsbedingungen zu halten. Stattdessen machen sie fast zynische Angebote: Sie wollen die Kosten für das Lehrmaterial in der Ausbildung übernehmen, einen Parkplatz fürs Auto in der Tarifgarage der Kommune kostenlos zur Verfügung stellen oder die Kosten für ein ÖPNV-Ticket übernehmen. Angebote gibt es auch zu Fortbildungen. Dass diese wegen des Personalmangels gar nicht realisierbar sind, scheint sie nicht zu interessieren. Auch den Trägern werden nur vage, unverbindliche Angebote ohne verpflichtenden Charakter angetragen und die befristete Arbeitsmarktzulage hilft auch nicht weiter.

Unsere Handlungsmöglichkeiten

Was also bleibt? Bündnisse für den Erhalt und Ausbau der Kitaqualität sollten mit Eltern, mit vertrauensvollen Politiker*innen, mit der Schwestergewerkschaft ver.di, mit dem Kitaverband und anderen an der Verbesserung Interessierten geschmiedet werden. Das Ziel: Die bayerischen Landtagswahlen im Herbst sollten wir mit Wahlprüfsteinen begleiten und eigene Forderungen aufstellen. Wir müssen dafür sorgen, dass das Thema »Kita am Limit« ganz oben auf der politischen Agenda bleibt.

Auf GEWerkschaftlicher Ebene müssen wir auf die Umsetzung der Arbeitsrechte drängen. Zudem müssen sich die Beschäftigten selbst schlau darüber machen, auch weil Arbeitsrechte in der Ausbildung kaum oder gar nicht zur Sprache kommen. Die Umsetzung des Gesundheitstarifvertrags und der Arbeitsschutzgesetze muss Priorität haben. In der bayerischen Verfassung ist verankert, dass die Inkaufnahme gesundheitlicher Schäden durch den Beruf strafbar ist (Art. 167 BayVerf).

Mein persönlicher Traum wäre eine bayernweite Überlastungsanzeige aller Beschäftigten – fachlich begleitet durch die GEW –, um deutlich zu zeigen, dass es so wie bisher nicht weitergehen kann und darf. Stimmen wir doch bei untertariflich bezahlenden Trägern mit den Füßen ab: Gehen wir nur zu Einrichtungen mit guten Arbeitsbedingungen.

Schon die konsequente Anwendung und Durchsetzung der Arbeitsschutzgesetze würde den Beruf attraktiver machen. Bei der Landtagswahl sind die für das Fiasko politisch Verantwortlichen endgültig abzuwählen, damit Bildung und Erziehung endlich auch in Bayern die notwendige Qualität erhält. Wann, wenn nicht jetzt, wer, wenn nicht wir, zusammen mit allen, die der Bildungsqualität den Stellenwert geben, den sie hat!

von
Wolfgang Nördlinger
Mitglied der Landesfachgruppe Sozialpädagogische Berufe

Kitaverbände: DIHK-Präsident ignoriert gesetzlichen Auftrag der Kitas

Peter Adrian, Präsident der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK), vertrat am 11. Februar 2023 in einem Interview der Bild-Zeitung reichlich absurde Ideen zum Thema Fachkräftemangel in der Kita. So forderte er ein Betreuungsangebot von morgens halb sieben bis abends neun Uhr. Tipps für die praktische Umsetzung gab er ebenfalls zum Besten: Sie reichen von der Absenkung der Ausbildungskriterien bis hin zur Einstellung von Ukrainerinnen, »die problemlos aushelfen könnten«, und Rentner*innen. Beide Personengruppen sollten stundenweise eingesetzt werden.

Nach Erscheinen des Interviews zeigten sich die Kita-Fachkräfteverbände deutschlandweit entsetzt. In einem offenen Brief legen sie dar, dass diese Vorschläge dem gesetzlichen Auftrag der Kitas widersprechen, mit dem Kindeswohl nicht vereinbar sind und jeglicher pädagogischer Grundlagen entbehren. Der Brief schließt mit einem Angebot an Adrian: »Wenn Sie mehr über entwicklungspsychologische Grundlagen im Klein- und Kindergartenalter erfahren möchten, kontaktieren Sie uns gern.« Der Brief ist hier nachzulesen: verband-kitafachkraefte-bayern.de/clubdesk/fileservlet?id=1000565

von Dorothea Weniger

Kinderpfleger*innen an der Belastungsgrenze

Wege zu besseren Arbeitsbedingungen

Foto: GEW/Shutterstock

Was tun, wenn die Arbeitsbelastung zur Überlastung wird, wenn die Beschäftigten meinen, ihre Arbeit wächst ihnen über den Kopf, wenn sie fürchten, Fehler zu machen oder ihre Tätigkeit nicht mehr ordnungsgemäß beziehungsweise mit der notwendigen Verantwortung ausführen zu können. In Kürze: Wenn ein Burn-out in naher Zukunft droht?

Kultusminister Prof. Dr. Michael Piazolo betonte im September 2022 in einer Pressemitteilung zum Schulstart der neuen Berufsfachschule für Kinderpflege in Erding: »›Staatlich geprüfte Kinderpflegerin‹ bzw. ›Staatlich geprüfter Kinderpfleger‹ ist ein Beruf mit Zukunftsperspektive und unschätzbarem Wert für die Gesellschaft.«[1] Im Abschlusszeugnis der staatlichen Prüfung liest sich die Tätigkeit der Kinderpfleger*innen als wirklich anspruchsvolle und erfüllende Beschäftigung:

- Beobachten des Verhaltens, der Fähigkeiten und der Kenntnisse einzelner Kinder
- Unterstützung der sozialen Lernprozesse
- Bildungsprozesse initiieren und begleiten
- Spielräume für das kindliche Spiel schaffen, unterstützen und vieles mehr

Das aktuelle Arbeitsumfeld

Das aktuelle Arbeitsumfeld von Kinderpfleger*innen schaut jedoch weit weniger romantisch aus. Der Alltag ist geprägt von Personalmangel, ständigen Vertretungssituationen und Mehrarbeit. Gerade Kinderpfleger*innen werden oft dort eingesetzt, wo die Personalnot am größten ist. So müssen sie an Förderschulen oft in mehreren Klassen gleichzeitig tätig sein. Eine konstante Bezugsperson und die Einhaltung von klaren Strukturen, auf welche diese Schüler*innen angewiesen sind, ist unter diesen Umständen nicht möglich. Oft kann lediglich die Aufsichtspflicht gewährleistet werden, für die Berücksichtigung individueller Bedürfnisse der Kinder verbleibt kein Spielraum mehr.

Dazu kommen nicht nur in Kindergärten körperlich anstrengende Beschäftigungen aufgrund von Sitzen auf Kinderstühlen oder schweres Heben und Tragen bei pflegerischen Aufgaben, was eine unnötig hohe Gefahr für den Bewegungsapparat darstellt. Und nicht erst seit der Pandemie sind die pädagogischen Fachkräfte im pflegerischen Bereich den Infektionskrankheiten besonders ausgesetzt. Das Wickeln von Kindern oder Schüler*innen mit Förderbedarf, das Trösten oder Spielen passiert im engen Körperkontakt. Der Personalausfall durch Krankheiten verschlimmert die Not der noch arbeitenden Beschäftigten zusätzlich.

Niederschwellige Protestformen

Doch wie kann ich mich als Beschäftigte*r im öffentlichen Dienst wehren? Wie bekomme ich ausreichend Masken, Handschuhe und Pflegemittel für meinen Gesundheitsschutz? An wen muss ich mich wenden? Wo kann ich ergonomische Stühle oder Yogakissen einfordern?

Eine Gefährdungsanzeige formulieren

Eine einfache Möglichkeit stellt die Gefährdungsanzeige dar. Sie wird auf dem Dienstweg eingereicht; der Arbeitgeber wird darauf hingewiesen, dass eine ordnungsgemäße Erfüllung der Arbeitsleistung gefährdet ist. Dabei kann es sowohl um eine Gefährdung der anvertrauten Kinder als auch um die eigene Person als Beschäftigte*r gehen. Die Verantwortung dafür wird mit der Gefährdungsanzeige an den Dienstherrn verwiesen. Eine Gefährdungssituation muss unverzüglich angezeigt werden, wenn absehbar ist, dass die Arbeit nicht mehr aus eigener Kraft zu leisten ist; weder ohne Verletzung der Dienstpflichten noch ohne eine Gefährdung der eigenen Gesundheit. Die

Gefährdungsanzeige ist eine Urkunde im Sinne des Strafgesetzbuchs und darf deshalb auch nicht ohne Einwilligung der betroffenen Beschäftigten vernichtet werden.

Die Gefährdungsanzeige kann in ihrer Wirkung zusätzlich gesteigert werden, wenn mehrere Beschäftigte gleichzeitig und am besten mit jeweils persönlichen Begründungen Gefährdungsanzeigen beim Dienstherrn einreichen. Erst kürzlich konnten so beispielsweise mehrere Kinderpfleger*innen an einer Bildungseinrichtung in München auf ihre prekäre Beschäftigungssituation aufmerksam machen und ein Gespräch mit der Dienststelle erreichen. Schon im nächsten Beschäftigungsjahrgang konnten sie eine verbesserte Personalsituation feststellen.

An den Personalrat wenden

Um gegen schlechte Arbeitsbedingungen zu protestieren, ist auch die Einbeziehung des Personalrats sinnvoll. Alle Beschäftigten – egal ob Beamt*innen oder Arbeitnehmer*innen – haben das Recht, sich bei personal- und dienstrechtlichen Problemen an den Personalrat zu wenden. Der Personalrat hat die Anregungen und Beschwerden der Beschäftigten entgegenzunehmen und, falls diese berechtigt sind, vor der Dienststellenleitung zu vertreten. Der Personalrat gibt also den Beschäftigten eine Stimme gegenüber der Dienststelle und wirkt darauf hin, dass Missstände von ihr beseitigt werden.

Gesetzlich verankert findet mindestens einmal monatlich eine Aussprache des Personalrats mit der Dienststellenleitung statt. Der Personalrat bringt Punkte in die Besprechung ein, die im Rahmen seiner Arbeit aufgetaucht sind oder von denen er Kenntnis erhielt. Auch wenn der Personalrat sich in manchen Fällen vielleicht nur schwer durchsetzen kann, weil er zu einem bestimmten Sachverhalt kein Mitbestimmungsrecht hat, sondern eben nur ein Informations- und Beratungsrecht, so kann er schon allein dadurch etwas bewegen, dass er das Thema in den Fokus nimmt, Fragen stellt und/oder Veränderungen vorschlägt, denn beide Seiten, Dienststellenleitung und Personalrat, sind zur vertrauensvollen Zusammenarbeit verpflichtet! Das bedeutet, dass man sich offen über Vorhaben und Probleme austauscht. Der Personalrat bringt die Positionen ein, die er aus dem Kontakt mit den Kolleginnen und Kollegen gewonnen hat. Darüber hinaus kann der Personalrat auch direkt mit Anliegen auf die Dienststellenleitung zugehen und Initiativen starten, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Es lohnt sich also, bei Protesten auch an die Möglichkeit der Einbeziehung des Personalrats zu denken.

Mehrbelastung und Überlastung in anderen pädagogischen Berufen

Die Mehrbelastung trifft aber nicht nur den Berufsstand der Kinderpfleger*innen. Auch die im pädagogischen Bereich tätigen Erzieher*innen, die Heilpädagogischen Förderlehrer*innen (HFL), Heilpädagogischen Unterrichtshilfen (HPU), Förderlehrkräfte, Unterstützungskräfte, Drittkräfte, Differenzierungskräfte und viele mehr leiden unter dem Fachkräftemangel und der daraus resultierenden Mehrbelastung und Überlastung. Alle diese Berufsgruppen im öffentlichen Dienst können für bessere Arbeitsbedingungen Gefährdungsanzeigen formulieren oder sich an den Personalrat wenden.

An den Verhältnissen kann sich jedoch nur durch politische Maßnahmen etwas verändern. Als Gewerkschaft müssen wir weiter daran arbeiten, notwendige Verbesserungen zu erkämpfen.

Vielleicht ergeben sich in der Zukunft wieder die Voraussetzungen für eine wirklich erfüllende und schöne Beschäftigung der pädagogischen Fachkräfte. Dann hätten die schönen Worte eines Kultusministers auch ihre Berechtigung.

von Siegfried Grob
im Namen der Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe München und Oberbayern

1 Scharf: »Die beste Ausbildung für Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger – ab jetzt auch im Landkreis Erding!« Beginn des ersten Schuljahres an der neuen Berufsfachschule für Kinderpflege. PM v. 12.9.2022; stmas.bayern.de

Spezielle Formen des Protestes für Lehrkräfte

Recht der Remonstration geltend machen

Bei der Gruppe der Beamt*innen gibt es das sogenannte Remonstrationsrecht. Hierunter werden das Recht und die Pflicht verstanden, Bedenken gegen die Rechtmäßigkeit dienstlicher Anordnungen unverzüglich beim Vorgesetzten geltend zu machen. Hat man Bedenken, dass dienstliche Anweisungen mit gesetzlichen Bestimmungen in Konflikt stehen, ist der Protest in Form einer Remonstration geboten. Dabei sind die Bedenken unter Einhaltung des Dienstweges schriftlich einzuwenden. Sollte also zum Beispiel die Schulleiterin oder der Schulleiter eines Förderzentrums mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung wegen Personalnot die Lehrkraft ohne Zusatzkraft mit der Schulkasse in den Schwimmunterricht schicken, so wäre dann die Remonstration ein geeignetes Mittel des Protests.

Die Remonstration hat eine Doppelfunktion – einerseits dient sie der behördeninternen Selbstkontrolle, andererseits zugleich der haftungs- und disziplinarrechtlichen Entlastung des*r Beamt*in bei rechtswidrigen Weisungen.

Lehrer*innenkonferenz nutzen

Im Arbeitsfeld Schule kann letztlich auch die Lehrer*innenkonferenz eine Möglichkeit zur Verbesserung von belastenden Arbeitsbedingungen bieten. Zwar ist sie entgegen der Namensgebung im Grundsatz nicht als demokratisches Werkzeug für die Beschäftigten angelegt, doch enthält sie Chancen, als solches eingesetzt zu werden. So muss etwa eine thematisch ausgelegte Konferenz stattfinden, wenn mindestens ein Viertel der Mitglieder dies verlangt. Selbstredend ist dann von diesen Beschäftigten eine gute Vorbereitung mit einer treffenden Beschreibung der Lage und konstruktiven Vorschlägen für eine Verbesserung erforderlich.

von Siegfried Grob
im Namen der Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe München und Oberbayern

Das ist auch keine Lösung!

Mache dich fit, liebe Lehrkraft, denn es kommt noch härter

In der Bildungslandschaft ist man sich seit Langem mal wieder einig: Die Maßnahmen, die die Ständige Wissenschaftliche Kommission (SWK) der Kultusministerkonferenz (KMK) zum Lehrkräftemangel jüngst empfahl, werden das Problem nicht lösen. Deshalb kritisierten unter anderem die Verbände und natürlich auch die GEW die Stellungnahme der SWK vom 27. Januar 2023[1] scharf und wiesen die zentralen Maßnahmen zurück.

Die Kritik wirkte wie ein gemeinsamer Aufschrei, nachdem die SWK ihre »Empfehlungen zum Umgang mit dem akuten Lehrkräftemangel« vorlegte, die 16 Professor*innen erarbeitet hatten. Dabei ist die Stellungnahme erstmal ein Beleg dafür, dass der dramatische Lehrkräftemangel in der KMK endlich angekommen ist. Bildungsforscher Klaus Klemm wies bereits 2022 darauf hin, dass bis zum Jahr 2035 bundesweit 85.000 Lehrkräfte fehlen werden. Auch in Bayern ist die Personalnot groß, besonders betroffen sind Grund-, Mittel- und Förderschulen, aber auch die anderen Schularten werden spätestens ab 2025 nicht mehr über genug Personal verfügen. Gleichzeitig sind die Studierendenzahlen in den letzten Jahren immer weiter eingebrochen. Zwar wurden die Kapazitäten leicht erhöht, sie werden aber nicht ausreichend angenommen. Besonders drastisch ist der Rückgang der Studienanfänger*innen für die Mittelschule mit einem Rückgang von 62 Prozent von 2017 bis heute.[2] Das Lehramt, so scheint es, hat ein gewaltiges Attraktivitätsproblem.

Die Ständige Wissenschaftliche Kommission (SWK) ist ein unabhängiges wissenschaftliches Beratungsgremium der Kultusministerkonferenz (KMK). Ihr gehören 16 Bildungsforscher*innen aus unterschiedlichen Disziplinen an. Die SWK berät die Länder zu bildungspolitischen Fragen. Sie identifiziert bestehende Herausforderungen und gibt evidenzbasierte Empfehlungen für deren Lösung. Dabei nimmt die Kommission eine interdisziplinäre, längerfristige und systemische Perspektive ein. Die SWK bindet externe Sachverständige in ihre Arbeit ein und hört Vertreter*innen aus Politik, Verwaltung, Bildungspraxis und Zivilgesellschaft an. Quelle: kmk.org/kmk/staendige-wissenschaftliche-kommission.html

Anpassungen sind Verschlechterungen

Was aber ist nun so brisant an den Empfehlungen der SWK, dass die GEW und die Verbände derart erzürnt sind? Auf Seite vier präsentiert das Schreiben »zentrale Empfehlungen«, die wir in Bayern bereits aus dem Piazolo-Paket für Grund- Mittel- und Förderschullehrkräfte kennen: Anpassung des Ruhestandseintritts – mit »Anpassung« ist immer Verschlechterung gemeint –, Anpassung der Reduktion der Unterrichtsverpflichtung aus Altersgründen, Anpassung der Möglichkeiten der Teilzeitbeschäftigung, Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung durch ein Arbeitszeitkonto. Klar ist, dass hier das Blut Betroffener bereits in Wallung gerät. Auch der Vorschlag zur Anpassung der Klassengröße beruhigt nicht. Bei Punkt fünf bleibt man dann hängen und stutzt, denn hier werden vorbeugende Maßnahmen zur Gesundheitsförderung vorgeschlagen. Doch wer an Arbeits- und Gesundheitsschutz gedacht hat, wird enttäuscht. Achtsamkeitstraining und eMental-Health-Angebote, Coaching- und Supervisionsangebote sowie Kompetenztrainings sollen vor allem die Belastungsfähigkeit von Lehrkräften steigern. Zusammengefasst empfiehlt die SWK also auf der einen Seite Maßnahmen, die Lehrkräfte noch mehr belasten, um auf der anderen Seite Maßnahmen vorzustellen, die dafür sorgen sollen, dass diese die Mehrbelastungen

auch tragen können. Oder anders: Investiere und mache dich fit, liebe Lehrkraft, denn die Belastungen werden steigen!

Weitere Ideen nützen aktuell wenig

Doch die Stellungnahme ist umfassender. Sie benennt ohne Beschönigung den Lehrkräftemangel klar und deutlich. Es werden auch einige Maßnahmen vorstellt, die unter den derzeitigen Rahmenbedingungen Sinn machen können und die auch bereits die GEW Bayern und der GEW-Hauptvorstand[3] wiederholt gefordert haben: eine Erleichterung der Anerkennung von Lehrkräften mit ausländischen Abschlüssen beispielsweise, diverse Nachqualifizierungsmaßnahmen für Lehrkräfte in vom Mangel noch nicht so betroffenen Schularten, die Entlastung der Lehrkräfte von Organisations- und Verwaltungsaufgaben, Qualifikationsmöglichkeiten für Quer- und Seiteneinsteiger*innen. Jedoch werden die meisten davon bereits umgesetzt, um den aktuellen Betrieb irgendwie aufrechterhalten zu können.

Andere Maßnahmen müssen kritisch diskutiert werden, beispielsweise die Empfehlung, Modelle des Hybridunterrichts in der gymnasialen Oberstufe zu erproben. Gemeint ist damit, dass zwei Kurse simultan von einer Lehrkraft unterrichtet werden. Der erhöhte Korrekturaufwand könne dann laut SWK von qualifizierten Korrekturassistent*innen übernommen werden. Auch neue Ideen zur Erhöhung von Selbstlernzeiten (in der gymnasialen Oberstufe) durch neue Lernkonzepte wie flipped classroom, computergestütztes kollaboratives Arbeiten, tasked based language learning sind zwar innovativ, bleiben aber aus der Not geboren. So weist auch die SWK darauf hin, dass aufgrund der Komplexität der Lernsettings entsprechende Selbstkompetenzen der Schüler*innen und natürlich auch didaktische Kompetenzen der Lehrkräfte für die praktische Umsetzung erforderlich seien. Damit sparen diese Maßnahmen erstmal keine Lehrkräftestunden ein und sie erfordern auch reichlich Vorarbeit.

Der Lehrkräftemangel steht dabei für eine beispiellose Krise unseres Bildungssystems, das durch Corona und den Krieg in der Ukraine zusätzliche Belastungen erfährt. Die Daten zum Lehrkräftemangel treffen auf alarmierende Befunde zur Kompetenzentwicklung der Kinder. Die Leistungen der Grundschüler*innen sind seit 2011 in den Kernfächern Deutsch und Mathematik deutlich gesunken. Der IQB-Bildungstrend 2021 warnte davor, dass zu viele Kinder und Jugendliche die Mindeststandards nicht mehr schaffen. Den Empfehlungen der Wissenschaftler*innen der SWK gelingt es nicht, Hoffnung und Zuversicht zu wecken – im Gegenteil. Sie enthalten nichts Neues, sind wenig innovativ, beinahe mutlos und verursachen bei den Betroffenen, die im bereits überlasteten System arbeiten, nur ein verzweifeltes Stöhnen – denn den Großteil der Arbeit sollen sie stemmen, gepaart mit mehr Arbeitsbelastung vor Ort.

Bayerische Regierung handelt zynisch

Währenddessen investiert die bayerische Regierung in Werbekampagnen fürs Lehramt mit strahlenden Menschen, pflastert Bushaltestellen mit Plakaten und hippen Hashtags (#imherzenlehrer), weitet den Quereinstieg aus, wird nicht müde, A 13 zu versprechen, um gleichzeitig Hintertürchen aufzumachen, wirbt in anderen Bundesländern um Lehrkräfte mit Umzugspauschalen, bringt Regionalprämien ins Spiel und lobt vor allem die Vorzüge des Beamtentums und des bayerischen Bildungssystems. Auch das ringt den Betroffenen vor Ort nur noch ein mitleidiges Lächeln ab, grenzt es doch an Zynismus, mit einer Realität Werbung zu machen, die längst keine mehr ist. Denn an das Kernproblem, nämlich die mangelnde Attraktivität des Lehramts, wagt sich niemand heran, keine SWK, kein Bildungsministerium und keine Regierung. Dabei gäbe es durchaus Möglichkeiten: eine flexible Lehrkräftebildung, wie sie die GEW Bayern erarbeitet hat, eine Entlastung durch weniger Stofffülle, eine zeitlich begrenzte Reduzierung der Stundentafel, die Ausweitung der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologie an allen Schulen, ein echter Arbeits- und Gesundheitsschutz mit zuständigen Betriebsärzt*innen und Arbeitsschutzausschüssen vor Ort, zusätzliches Verwaltungspersonal und – wichtig – eine Sozialpolitik, die soziale Ungerechtigkeit nicht verschärft und immer mehr Familien und Kinder in die Armut treibt. Dazu gehört letztendlich auch die Erkenntnis, dass unser selektierendes und auf vergleichbare und messbare Leistung ausgerichtetes Bildungssystem den Herausforderungen unserer Zeit nicht gewachsen ist. Wir Lehrkräfte wollen letztendlich bestmögliche Arbeitsbedingungen, um allen Kindern und deren Bedürfnissen gerecht zu werden, ohne uns dabei aufzuarbeiten. Und die beste Werbung fürs Lehramt sind zufriedene Lehrkräfte.

von Florian Kohl
Stellvertretender Vorsitzender der GEW Bayern

1 Empfehlungen zum Umgang mit dem akuten Lehrkräftemangel. Stellungnahme der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz. Vgl. kmk.org

2 Florentine Anders: Prognose und Maßnahmen: Lehrermangel verschärft sich weiter. Vgl. deutsches-schulportal.de v. 26.8.2022

3 15 Punkte gegen den Lehrkräftemangel. Vgl. gew.de

Anzeige

Klinik am Leisberg
BADEN-BADEN

Von hier an geht es aufwärts!

Hier erwarten Sie ein intensives und individuell ausgerichtetes Psychotherapieangebot, ein erstklassiges Krisenmanagement, kreative Förderung ihres Potentials, viele erlebnisintensive Erfahrungen und erfreuliche Rahmenbedingungen (moderne Einzelzimmer, Genießer-Küche, wunderbare Umgebung). Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste, psychosomatische Erkrankungen.

Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen / Beihilfe

Info-Tel.: 07221 / 39 39 30

Gunzenbachstr. 8
76530 **Baden-Baden**

www.leisberg-klinik.de

Gute Gründe für sexuelle Bildung durch externe Fachkräfte

»Woher kommen die kleinen Buben und Mädchen« – ein Aufklärungsbuch des Pädagogen, Psychotherapeuten, Jugendpsychologen und Erziehungsberaters Kurt Seelmann (1900-1987) aus dem Ernst-Reinhardt-Verlag von ca. 1961 (hier die 13. Auflage von 1966), mit Zeichnungen von Ali Mitgutsch. Untertitel: »Ein kleines Buch zum Vor- und Selberlesen für 9- bis 14-jährige Mädchen und Buben«. Das 106-seitige Buch erklärt erst auf Seite 97 den eigentlichen Geschlechtsakt unter der Überschrift: »Wie kommt nun Vaters Samen zum Ei in die Mutter?« Zu Verhütung, Selbstbefriedigung und Homosexualität schreibt er nichts. Dafür belehrt der Autor die Kinder unter anderem über die klassischen Geschlechterrollen. Zitat: »So ist die Mutter unsere Vertraute und der Vater unser Vorbild. Von der Mutter lernt man das Lieben und Einfühlen, vom Vater das Denken und Sich-Beherrschen.«
Foto: IMAGO / Eckard Stengel

Sexualerziehung im Unterricht »… ist getragen vom Verständnis für die Situation des jungen Menschen und von der Achtung vor seiner Person. Dem offenen Gespräch mit Schülerinnen und Schülern kommt dabei besondere Bedeutung zu. Es dominiert ein lebensbejahender, sexualfreundlicher Grundtenor. Beachtet werden das Informationsbedürfnis der Schülerinnen und Schüler sowie die besonderen Gegebenheiten in der Klasse und der jeweiligen Lebenswelt.« Dieses Zitat stammt nicht aus einem Leitbild der pro familia, sondern interessanterweise aus den »Richtlinien für die Familien- und Sexualerziehung in den bayerischen Schulen«, die seit Dezember 2016 in Kraft sind. Auch wenn ansonsten in den Richtlinien gelegentlich ein konservativer Ton mitschwingt: Die grundsätzliche Haltung eines »lebensbejahenden, sexualfreundlichen Grundtenors« wird schon auf Seite 5 der 24-seitigen Richtlinien im Abschnitt »Prinzipien ...« formuliert.

Der Sexualpädagogik wird also durchaus Bedeutung in der Schule eingeräumt. Es soll dabei nicht nur um humanbiologische Sachverhalte gehen, auch Geschlechterrolle und Geschlechtsidentität sowie das Stärken sozialer Kompetenzen und der Medienkompetenz sind zentrale Themenfelder.

Schulische Realität

Trotz alledem sieht die Realität an vielen Schulen anders aus. Sexualerziehung wird oft am Schuljahresende platziert und dann ist auf einmal – »ups« – keine Zeit mehr dafür. Stand sie auf dem Stundenplan, berichten Schüler*innen danach oft, dass es im Biologieunterricht vorrangig um die reproduktiven Aspekte und Verhütung ging, der Lustaspekt fehlte dagegen zumeist ganz. Dazu passt die immer noch völlig unzureichende Erklärung der Klitoris in den meisten Schulbüchern – erst allmählich werden diese überarbeitet.[1]

Auch der Aspekt einer gelingenden Kommunikation fällt meist flach. Demgegenüber werden die möglichen negativen Folgen gelebter Sexualität oft in den Vordergrund gestellt, anstatt an der Neugier und den aktuellen Wissensbedürfnissen der Schüler*innen anzuknüpfen.

Dass viele Lehrer*innen (nicht alle!) das Thema Sexualerziehung scheuen oder nur Teilaspekte davon abhandeln, liegt auch am Lehramtsstudium. Nur in Ausnahmefällen vermitteln Lehrende an Hochschulen eine ganzheitliche Sexualpädagogik bzw. eine altersgemäße, zielgruppengerechte und grenzwahrende »sexuelle Bildung«. Auf überregionaler Ebene gibt es für die »Beauftragten für Familien- und Sexualerziehung« an den bayrischen Schulen lediglich das Angebot einer Onlinefortbildung in Form eines »Selbstlernkurses«. Fraglich bleibt, ob die Adressat*innen ein solches Angebot tatsächlich als hilfreich empfinden.

Warum externe Sexualpädagog*innen einbinden?

Es gibt aber etliche Lehrer*innen, die das Thema durchaus im Unterricht behandeln und trotzdem auf uns als externe Fachkräfte zukommen: mit der

Bitte, die schulische Sexualerziehung nicht zu ersetzen, sondern zu ergänzen. Gründe dafür gibt es viele:

- Sexualpädagog*innen kennen die Vorgeschichte der Klasse oder einzelner Schüler*innen nicht. Sie wissen nicht, wer sich bei sexuellen Themen sehr interessiert oder besonders zurückhaltend gezeigt hat. Sie wissen in der Regel auch wenig über vergangene »Disziplinprobleme« oder Leistungsniveaus. Damit können sie einen neuen, unbelasteten Blick auf die Jugendlichen werfen. Nicht selten geschieht es sogar, dass Lehrer*innen im Vorfeld eine Klasse als »besonders schwierig« einstufen, während die externen Fachkräfte die gleiche Klasse als zwar lebendig, aber sehr wissbegierig und engagiert erleben.
- Die externen Fachkräfte unterliegen der Schweigepflicht und die Schüler*innen wissen, dass sie die Sexualpädagog*innen nach wenigen Besuchen in der Klasse nicht wiedersehen werden. Sehr häufig führt das dazu, dass Themen angeschnitten und Fragen gestellt werden, die Lehrer*innen nicht gestellt werden würden.
- Die Teilnahme an unseren Veranstaltungen ist freiwillig – wenn jemand nicht (mehr) teilnehmen möchte, kann er oder sie diese auch verlassen. Trotzdem muss im Vorfeld genau geklärt werden, wo sich der*die Schüler*in dann melden soll und wer zuständig ist, um die Aufsichtspflicht zu gewährleisten. Allerdings ist es im schulischen Setting (Gruppenzwang, Schamgefühle, Selbstinszenierungen …) nicht für alle einfach, die Freiwilligkeit für sich einzufordern. Daher gehört zu unseren Regeln auch, dass sich niemand zum Thema äußern muss und wir auch niemanden dazu auffordern. Einfach zuhören ist auch okay.
- Die allermeisten pro-familia-Veranstaltungen sind so konzipiert, dass ein pädagogisches Zweierteam in die Klasse kommt. Dies bietet die wichtige Möglichkeit, die Klasse vorübergehend in zwei Gruppen aufzuteilen. Viele Schüler*innen empfinden das als entlastend. Klar ist inzwischen, dass eine binäre Aufteilung nach Jungen- und Mädchengruppe keine optimale Lösung ist und nicht allen Schüler*innen gerecht wird. Trotzdem wird eine solche Aufteilung nach wie vor von Jungen und Mädchen als Schutzraum erlebt und oft auch von ihnen eingefordert.
- Sexualpädagog*innen sind Fachleute auf ihrem Themengebiet. Sie bringen Spezialwissen mit sowie Erfahrungswerte darüber, welche scheinbar abwegige Fragen Jugendlichen auch einfallen. Sie können professionell mit ihren Fragen zu Details der Pornografie umgehen, sie kennen aktuelle Trends bei hormoneller Verhütung und statistische Daten zu sexuellen Erfahrungen von Jugendlichen. Und sie kennen vielleicht auch einige der sexuellen Mythen, die gerade in sozialen Netzwerken herumgeistern.
- Externe Sexualpädagog*innen wissen, dass viele Jungen und etliche Mädchen, wenn es um Sexualität geht, recht derbe und umgangssprachliche Begriffe benutzen. Deshalb wird zum einen immer besprochen, welche nicht umgangssprachlichen Alternativen es geben könnte und warum manche Begriffe äußerst beleidigend wirken. Zum anderen aber müssen die Externen einen derben Sprachgebrauch nicht als persönlichen Angriff bewerten und können bis zu einem gewissen Grad vielleicht auch entspannter damit umgehen.
- Auch bei uns geht es um konkrete Informationen und um die Korrektur von Mythen und Falschinformationen. Nur liegt unser Fokus weniger zentral auf der reinen »Stoffvermittlung«. Wenn sich zeigt, dass die Jugendlichen andere Themen besprechen wollen als die, die wir – in der Regel nach Rücksprache mit den Lehrkräften vor Ort – vorbereitet haben, dann haben ihre Wünsche Vorrang. Zudem ist es uns ein Anliegen, Diskussionen anzustoßen, bei allzu verfestigten Klischees nachzuhaken und (Nach-)Denkimpulse zu geben, auch wenn sich diese vielleicht erst viel später auswirken. Auch wegen dieser Art des pädagogischen Umgangs verwenden inzwischen viele Kolleg*innen lieber den Begriff der »sexuellen Bildung«.
- Trotz einer in den letzten Jahren deutlich gestiegenen Sensibilität ist Schule nach wie vor ein Ort, an dem »doing gender« alltäglich, unreflektiert und oft auch unbewusst inszeniert wird. Gerade mit dem Blick von außen ist es für Sexualpädagog*innen oft einfacher, ohne erhobenen Zeigefinger nachzufragen. Warum kann man viele Pornos zwar durchaus als frauenfeindlich, aber auf anderer Ebene auch als männerfeindlich bezeichnen? Warum ist ein Mädchen, das beim zweiten Date mit einem Jungen Sex hat, in den Augen vieler eine »Schlampe« – ein Junge, der gleiches tut, aber ein cooler Typ? Warum könnte man den Satz einer Lehrkraft »Ich brauch mal drei starke Jungs, die mir beim Tischetragen helfen!« als schwierig empfinden? Warum steht seit einiger Zeit in Stellenanzeigen »m/w/d« und welchen Hintergrund hat das? Nur ein paar Beispiele für viele Möglichkeiten.

Bitte rechtzeitig anmelden

Weil sich inzwischen herumgesprochen hat, dass externe Angebote zusätzlich zum Unterricht sinnvoll sind, sind die meisten pro-familia-Stellen in Bayern ziemlich ausgebucht, was Termine anbelangt. Insofern lohnt es sich, rechtzeitig – in der Regel mehrere Monate vorab – nachzufragen, ob die nächste ortsnahe Stelle noch Termine frei hat. Aber nicht nur pro familia bietet Sexualpädagogik an. Sexualpädagogik ist gesetzliche Aufgabe aller 128 staatlich anerkannten Beratungsstellen für Schwangerschaftsfragen in Bayern, ob sie nun bei einem Gesundheitsamt oder einem freien Träger angesiedelt sind. Eine Übersicht über alle bayerischen Beratungsstellen bietet die Website schwanger-in-bayern.de. Und wenn keine Termine für Schulbesuche frei sind: Viele der Beratungsstellen bieten auch Fortbildungen (nicht nur) für Lehrkräfte zu sexualpädagogischen Themen an.

von Sebastian Kempf
Dipl.-Sozialpäd. (FH) im Sexualpädagogischen Team der pro familia München

1 Biolehrerin über veraltete Schulbücher: »Nicht nur Scheide oder Vagina«; taz.de vom 8.2.2022

»Sorgende Städte« – feministisches Plädoyer für eine kommunale Sorgepolitik

Auf einer Kundgebung zur Tarifrunde zum TVöD 2022 in München

Der erfolgreichen Berliner Kampagne »Deutsche Wohnen & Co enteignen«[1] folgend formieren sich vielerorts Bündnisse, um die wichtige Daseinsvorsorge nach Jahren zerstörerischer Privatisierungspolitik in die öffentliche Hand zurückzuholen. Nicht zufällig finden viele dieser Kämpfe im Bereich der sozialen Reproduktion statt. Wohnraum, Krankenhaus- und Energieversorgung sowie Nahverkehr zählen zu den unverzichtbaren Infrastrukturen, die nur lokal genutzt werden können. Da das dort sich verwertende Kapital seinen Standort nicht einfach verlagern kann, sind die Bedingungen für Kämpfe um Rekommunalisierung oder Vergesellschaftung tendenziell günstig.

Spätestens die Coronapandemie zeigte deutlich, welche Arbeiten im engen Sinne »systemrelevant« sind. Dazu zählen nicht zuletzt Pflege, Erziehung und Betreuung, Tätigkeiten also, die meist von Frauen und in weiten Teilen im privaten Haushalt erledigt werden. Sorgearbeit zu vergesellschaften, steht bisher jedoch nicht auf der Agenda von Anti-Privatisierungsbündnissen. Was wäre notwendig, damit Projekte oder Kampagnen für eine »Sorgende Stadt«[2] entstehen und die Vergesellschaftung aller Care-Arbeiten auf den Weg gebracht werden kann?

Sorgen mit der Sorge

Care-Arbeit wird im Kapitalismus trotz erkämpfter Professionalisierung größtenteils unentlohnt geleistet. Sie gilt als privat und als »Frauensache«. Durch Neoliberalismus und Ökonomisierung sind jedoch auch im Bereich sozialer Dienstleistungen Löhne und Arbeitsbedingungen unter Druck geraten. Allerorten fehlt qualifiziertes Personal, sodass der Bedarf, der dadurch entsteht, dass Frauen inzwischen mehrheitlich erwerbstätig sein müssen, kaum mehr gedeckt werden kann. In der Folge wird Sorgearbeit erneut und doppelt ins Private verschoben: Manche Lücken können gestopft werden, indem Babysitting, Nachhilfe oder 24-Stunden-Pflege zu häufig schlechten Bedingungen eingekauft werden. Wer sich das nicht leisten kann, baut auf Familienangehörige oder soziale Netzwerke. In beiden Fällen werden die finanziellen und emotionalen Kosten individualisiert. Augenfällig wurde dies während der Coronakrise: Alleinerziehende verloren ihre Jobs, alte Menschen vereinsamten und insbesondere Frauen erledigten die Bildungs-, Erziehungs- und Erwerbsarbeit vom heimischen Küchentisch aus. Damit spitzt sich die Krise in der sozialen Reproduktion zu und betrifft immer mehr Menschen, Notlösungen kommen an ihre Grenzen.

Das Private ist (noch nicht) politisch

Die Tatsache, dass Care-Arbeit in privater und meist in Frauenhand liegt, steht Veränderungen seit jeher im Weg. Räumliche Vereinzelung, mangelnde Organisierungserfahrung und fehlende Produktionsmacht erschwe-

ren es denen, die unbezahlt oder prekär Sorgearbeit leisten, sich zu wehren und bessere Bedingungen in Form von mehr Geld oder Umverteilung der Arbeit einzufordern.

Hinzu kommt, dass der Gegner in diesem Kampf schwerer auszumachen ist als etwa in der Mietenpolitik, wo Spekulant*innen eine klarere politische Angriffsfläche bieten. Bei Care-Arbeit verläuft die Linie der Spaltung durch ein und dieselbe Klasse. Die herrschenden Geschlechterverhältnisse sowie Unterschiede im Aufenthaltsstatus und beim Zugang zum Arbeitsmarkt erschweren die Bildung eines handlungsfähigen Kollektivs, denn Teile derselben Klasse profitieren von den aktuellen Arrangements. Ihr Interesse an Veränderung ist weniger dringlich: Die schlecht bezahlte oder unbezahlte Care-Arbeit von anderen macht es ihnen im bestehenden System leichter, ihre eigene Reproduktion zu organisieren.

Dabei läge eine echte Chance darin, Anti-Privatisierungskämpfe auf die gesamte Sorgearbeit auszuweiten und dies als strategischen Ansatz verbindender Klassenpolitiken zu entwickeln. Auseinandersetzungen in der professionellen Sorgearbeit – vor allem in der Pflege – waren in den letzten Jahren durchaus erfolgreich. Hier sollten wir gemeinsam nächste Schritte gehen. Feministische und antirassistische Kämpfe um gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit ließen sich dabei gegenseitig verstärken – und zwar mit einer klaren Transformationsperspektive: Ein Infrastruktursozialismus, der nicht nur professionelle, sondern auch private Sorge in gesellschaftliche Verantwortung nimmt, entzieht dem profitgetriebenen und heteronormativ-patriarchalen System die Grundlage und stellt ihm die Orientierung auf ein gutes Leben für alle entgegen.

Eigentumsordnung stürzen – Geschlechterverhältnisse aufheben

Eine Sozialisierung der Care-Arbeit wirkt in doppeltem Sinne: Vergesellschaftung organisiert wichtige gesellschaftliche Sektoren gemeinwirtschaftlich und wälzt die Eigentumsordnung als ein zentrales Moment von Klassenverhältnissen um. Im Fall der Sorgearbeit würde dann nicht nur das Privateigentum an Krankenhäusern etc. und die marktförmige Organisation von z. B. Altenpflege aufgehoben, sondern auch die Care-Arbeit aus der privaten Regulierung innerhalb der Haushalte sowie aus der damit historisch eng verschränkten geschlechtlichen Zuweisung befreit.

Eine Vergesellschaftung von Sorge lässt also die geschlechtliche Arbeitsteilung und damit die Grundlage hierarchischer und heteronormativer Geschlechterverhältnisse hinter sich. Care-Arbeit kann nicht länger Frauen – ohne Lohn und im Privaten – überantwortet werden, da ihnen damit häufig die (ökonomische) Unabhängigkeit und persönliche Entwicklungsmöglichkeiten genommen werden. Es braucht also eine »doppelte Ent-Privatisierung«.

Care in gesellschaftlicher Verantwortung

Aber was genau heißt es, Sorge in gesellschaftliche Verantwortung zu nehmen und diese demokratisch zu reorganisieren? Zunächst geht es darum, neue öffentliche Infrastrukturen auf- und auszubauen. Wir brauchen mehr Kitas, Stadtteil-, Familien- und Gesundheitszentren, Pflegestationen, Jugend- und Obdachlosentreffs. Diese müssen zudem unterschiedliche und sich verändernde Bedürfnisse berücksichtigen. Eine One-fits-all-Sozialpolitik war gestern. Wir brauchen Arrangements, die auch auf lokale Bedingungen eingehen und einen Zugang für bislang vergessene Gruppen wie z. B. queere oder Mehr-Eltern-Familien, Care-Communities sowie Menschen ohne Papiere ermöglichen. Zentral ist: Auch Selbstorganisierung und kollektive Lösungen müssen mit öffentlichen Geldern unterstützt werden, ohne dass sie als Lückenfüller für mangelhafte öffentliche Angebote instrumentalisiert werden.

Die Vergesellschaftung von Sorge bedeutet also längst nicht nur einen Eigentumswechsel von privat zu öffentlich, nicht »Verstaatlichung« allein. Vielmehr geht es um die gesellschaftliche Verfügung der Vielen über die Bedingungen sozialer Reproduktion. Zuerst muss der tatsächliche gesellschaftliche Bedarf ermittelt werden – z. B. in Form einer demokratischen Planung, an der alle, die davon betroffen sind, beteiligt sind. Beratungs- und Entscheidungsstrukturen etwa in Form lokaler Care-Räte, in denen diejenigen sitzen, die mitentscheiden sollen, gilt es zu entwickeln. All dies gelingt nur, wenn sich auch die gesellschaftliche Arbeitsteilung verändert. Nur durch eine radikale Verkürzung der Erwerbsarbeit kann Sorgearbeit geleistet werden, ohne Erschöpfung zu produzieren.

»Sorgende Stadt« – warum nicht?

Gute Sorgestrukturen braucht es im sozialen Nahraum, auch wenn sie kollektiv oder gemeinwirtschaftlich organisiert werden. Für all jene, die sich gegen Privatisierungen auf lokaler Ebene einsetzen, kann die »Sorgende Stadt« eine Vision sein, die verschiedene Ansätze, Ansprüche und Akteur*innen zusammenbringt. Zu klären ist: Wie muss eine Stadt konkret aussehen, die sich an den Bedürfnissen aller ausrichtet? Wie können kommunale und freigemeinnützige Träger, Beschäftigte, Nachbar*innen und lokale Politik zusammenarbeiten und wohnortnahe Sorgestrukturen entwickeln? Wie können wir vor Ort ansetzen, um die Logik der Privatisierung zu brechen und Einstiege in ein feministisches und sozialistisches Transformationsprojekt zu finden?

von Barbara Fried
Redaktionsleiterin der Zeitschrift »Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis«, stellvertretende Direktorin des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Mitbegründerin des »Netzwerk Care Revolution«

und

Alex Wischnewski
Leiterin des Dialogprogramms Globaler Feminismus in der Rosa-Luxemburg-Stiftung, ebenfalls Mitgründerin des »Netzwerk Care Revolution« und der Plattform #keinemehr, Organisatorin des feministischen Streiks am 8. März

Dieser Text wurde stark gekürzt. Die Langversion mit praktischen Beispielen (Barcelona, Madrid, Lateinamerika und Freiburg) lohnt es hier nachzulesen: rosalux.de/news/id/46043

1 Vgl. dwenteignen.de

2 Vgl. sorgende-staedte.org

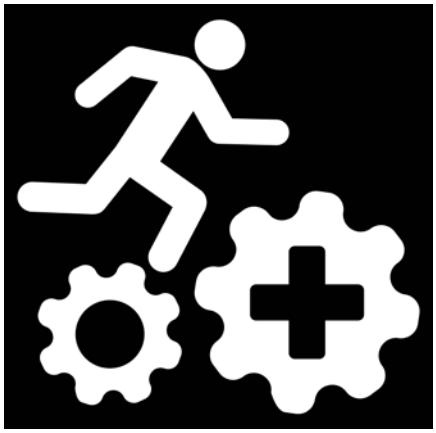


Foto: IMAGO / YAY Images

Männergesundheit – langsam wächst die Sensibilität

Eine neue Studie thematisiert die körperliche und psychosoziale Lage junger Männer. Manche Ergebnisse sind durchaus ermutigend

Die spezifischen gesundheitlichen Probleme von Männern sind erst seit relativ kurzer Zeit Gegenstand gründlicher empirischer Forschung. Dabei stellen die rigiden Erwartungen an ihre traditionelle Rolle schon lange ein erhöhtes Risiko für das allgemeine Wohlbefinden dar. Nun hat die regierungsunabhängige, von Spenden finanzierte Stiftung Männergesundheit ihren bereits fünften »Männergesundheitsbericht« herausgegeben, als Buch veröffentlicht im Gießener Psychosozial-Verlag.

Die aktuelle Expertise behandelt das Thema »Junge Männer und ihre Gesundheit«, im Kontrast zum Vorgängerbericht von 2020, der sich auf ältere Männer in der Übergangsphase von Beruf zur Rente konzentriert hatte. Im Zentrum der neuen Untersuchung steht eine umfangreiche Datenerhebung durch das Münchner Forschungsinstitut Kantar Public. Das wissenschaftliche Team befragte auf repräsentativer Basis über 2.000 junge Männer zwischen 16 und 28 Jahren; vergleichend wurden auch über 1.000 Frauen in diesem Alter interviewt. Als zentrale Erkenntnis konstatiert der Bericht, dass »Gesundheitsbewusstsein, Gesundheitsverhalten und Gesundheitsstatus der jungen Männer mit ihrer jeweiligen Vorstellung von der männlichen Geschlechtsrolle verbunden ist«.

Junge Männer, alte Muster?

Im ersten Teil des Buches wird dieser Befund mit zahlreichen Details unterfüttert. So fühlen sich Männer in ihrer Eigenwahrnehmung häufig gesünder als Frauen, obwohl diese Einschätzung mit der statistisch erfassten Häufigkeit von Krankheitsbildern nicht übereinstimmt. Das herkömmliche Verständnis von Männlichkeit führe zur Vernachlässigung der »Selbstfürsorge«, an diesem Punkt seien Männer »nicht sonderlich sensibel«, resümiert Sabine Wolfert, Projektleiterin bei Kantar Public. Als Beispiele aus dem Datenpool nennt sie die viel ausgeprägtere männliche Spielsucht, den Mangel an Achtsamkeit nach Sport oder Partys für körperliche Erholungsphasen sowie den erheblich höheren Konsum der Rauschmittel Alkohol und Cannabis. Beim Rauchen liegen beide Geschlechter hingegen inzwischen nahezu gleichauf. 70 Prozent der Befragten qualmen allerdings gar nicht (mehr), ein im Vergleich zu früheren Erhebungen deutlich gestiegener Wert. Frauen hätten jedoch in der jüngeren Generation »bei negativen, sie schädigenden Verhaltensweisen aufgeholt«, sagt Kurt Miller, früher Direktor der Urologischen Klinik an der Berliner Charité und medizinischer Vorstand der Stiftung Männergesundheit.

Wie in den einst von Rainer Volz und Paul Zulehner verfassten Männerstudien im Auftrag der großen christlichen Kirchen bedient sich der Bericht einer Typologie. Vier Varianten von Männlichkeit sollen die Vielfalt der Rollenbilder beschreiben. Die Studie unterscheidet maskulin dominante Männer (24 Prozent der Befragten), auf Gleichberechtigung fokussierte (30 Prozent), partnerschaftlich orientierte (28 Prozent) sowie rollenambivalente Männer (19 Prozent). Mit höherer Bildung und steigendem Alter wächst die Unterstützung für egalitäre Lebensentwürfe im Geschlechterverhältnis. »Auch junge Männer folgen teilweise noch alten Mustern«, betont Mitherausgeber Klaus Hurrelmann von der Hertie School of Governance, der vor seiner Emeritierung Jugendforschung an der Universität Bielefeld gelehrt hat. Das Bildungsniveau habe großen Einfluss darauf, ob Anzeichen für mögliche Erkrankungen überhaupt wahrgenommen würden. Der Wissenschaftler plädiert daher für einen »Gesundheitsunterricht« an den Schulen.

Gerädert nach dem Zocken

Einstellungsuntersuchungen beru-

Foto: IMAGO / Shotshop

hen auf Selbsteinschätzungen der befragten Personen. Das schmälert ein wenig die Aussagekraft, weil das faktische Verhalten manchmal erheblich davon abweichen kann. Diesem empirischen Problem wirken die Herausgeber zum einen entgegen, indem sie der Studie eine fundierte Literaturübersicht über den bisherigen Stand der Forschung voranstellen. Die einführende Zusammenfassung stammt von der Gesprächstherapeutin Heidrun Bründel, die zusammen mit Klaus Hurrelmann schon mehrfach zum Thema Männergesundheit publiziert hat.

Zum anderen kommentieren im zweiten Teil des Bandes Fachleute aus der Genderforschung in sechs eigenständigen Beiträgen die ermittelten Daten. Dort schreibt Jürgen Budde über »Körperkonstruktionen und soziale Grenzverletzungen«, Hendrik Jürgens über Gesundheit und bildungsbezogene Ungleichheit. Gunter Neubauer analysiert geschlechtsspezifische Unterschiede im Freizeitverhalten, Reinhard Winter die Mediennutzung junger Männer. Diese ergänzenden Texte erweitern den Horizont, denn gerade in den beiden zuletzt genannten Feldern stellt der fünfte Männergesundheitsbericht erhebliche Differenzen zwischen den Geschlechtern fest. So hat das Online-Gaming als zeitfressende Beschäftigung für die befragten Jugendlichen eine erhebliche Bedeutung. Der Aussage »Ab und zu zocke ich die ganze Nacht am Bildschirm und bin am nächsten Tag völlig gerädert« stimmen sie deutlich häufiger zu als Frauen. Noch größer ist das Gendergefälle bei der Frage nach der Nutzung pornografischer Angebote im Internet: Während das Porno-Gucken zu einem selbstverständlichen Teil männlicher Sexualität geworden ist, liegt das Interesse weiblicher Zuschauerinnen signifikant niedriger.

Angenäherte Lebenserwartung

Hoffnung macht eine Aussage von Mitherausgeber Kurt Miller: Junge Männer seien beim Thema Gesundheit »nicht so schlecht, wie wir zuvor gedacht haben«. Ein Teil der Daten lasse ein langsam wachsendes Bewusstsein für die in traditionellen Settings verpönte Selbstsorge erkennen, das sei ermutigend. Auch der Unterschied zwischen männlicher und weiblicher Lebenserwartung ist gesunken, auf durchschnittlich 4,8 Jahre. Dieser »Gender Life Expectancy Gap« zulasten der Männer betrug in der Phase nach dem Zweiten Weltkrieg noch acht Jahre. Prognosen für das Jahr 2060, die wegen der langen Vorausschau mit Vorsicht zu betrachten sind, sagen einen weiteren Rückgang auf lediglich 3,4 Jahre voraus.

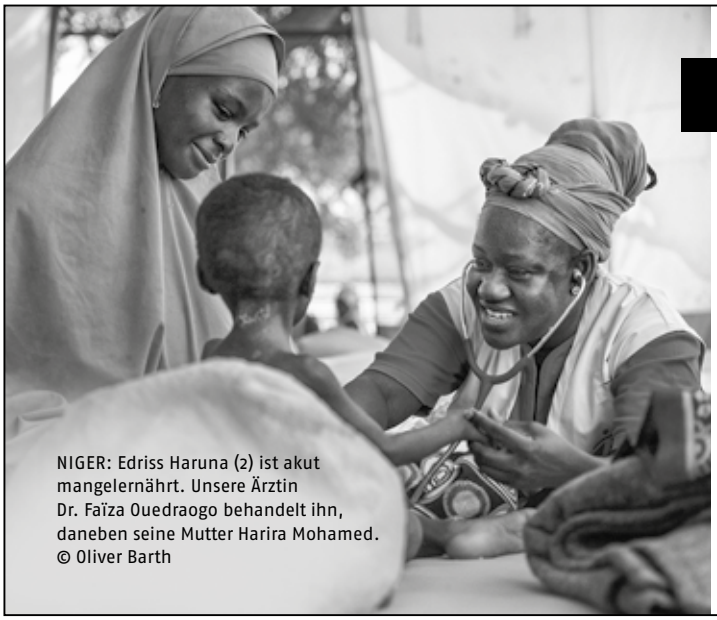
Noch zu wenig beachtet wird das durch Lohnniveau und psychosoziale Lage bedingte Gefälle unter den Männern selbst. Das Gefälle bei der Lebenserwartung zwischen dem reichsten und dem ärmsten Einkommenssegment beträgt nach einer älteren Vorläuferuntersuchung alarmierende 10,8 Jahre. Kurt Miller von der Stiftung Männergesundheit fordert vor diesem Hintergrund eine klare Fokussierung. Denn die größten Probleme hätten diejenigen, die »man am schwierigsten erreicht«. Daher müsse man sich um diese Gruppe auch am meisten kümmern.

Ein Genderblick als selbstverständlich berücksichtigte Betrachtungsweise ist noch nicht überall etabliert. Zwar wurde um die Jahrtausendwende viel geredet über die Anwendung der von der Europäischen Union angeregten Strategie des Gender-Mainstreaming. In sämtlichen Politikfeldern sollten Akteur*innen auf die spezifischen Auswirkungen für Frauen wie Männer achten. Im Bereich der Medizin führt das zumindest aus weiblicher Sicht inzwischen gelegentlich zu Erfolgen, etwa beim Umgang mit der Coronapandemie. So hat der Deutsche Bundestag schon mehrfach diskutiert, dass Frauen überdurchschnittlich an Long Covid erkranken oder unter dem damit verwandten chronischen Fatigue-Syndrom CFS leiden. Über spezifisch männliche Probleme hingegen, so bekannte selbstkritisch der sozialdemokratische Abgeordnete und Arzt Herbert Wollmann bei der öffentlichen Präsentation des fünften Männergesundheitsberichts, habe man im Parlament oder im zuständigen Fachausschuss noch nie gesprochen.

von
Thomas Gesterkamp
Sozial- und Politikwissenschaftler
freier Journalist und Autor
Kontakt: thomasgesterkamp.com

Literatur

Stiftung Männergesundheit (Hg.): Junge Männer und ihre Gesundheit. Fünfter Deutscher Männergesundheitsbericht. Psychosozial-Verlag, Gießen 2022, 248 Seiten, 39,90 Euro; stiftung-maennergesundheit.de



NIGER: Edriss Haruna (2) ist akut mangelernährt. Unsere Ärztin Dr. Faïza Ouedraogo behandelt ihn, daneben seine Mutter Harira Mohamed. © Oliver Barth

MIT IHRER SPENDE

GEBEN WIR EDRISS NEUE KRAFT FÜRS LEBEN

Mit **42 Euro** kann **ÄRZTE OHNE GRENZEN** zwei akut mangelernährte Kinder mit therapeutischer Spezialnahrung versorgen, bis sie wieder bei Kräften sind.

Jetzt spenden

DZI Spenden-Siegel Geprüft + Empfohlen!

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE72 3702 0500 0009 7097 00
BIC: BFSWDE33XXX
www.aerzte-ohne-grenzen.de/spenden

MEDECINS SANS FRONTIERES
ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V.
Träger des Friedensnobelpreises

Beschäftigte in Kitas: »Wir wollen einfach nur unsere Arbeit machen!«

Angeregt durch eine Schlagzeile in den Nürnberger Nachrichten zur Situation in den Kitas organisierte der Erlanger Kreisverband eine gut besuchte Veranstaltung. Im Gewerkschaftshaus berichteten Katrin Dollinger, langjährige Kitaleiterin in Erlangen, Mario Schwandt, Sozialpädagoge und GEW-Gewerkschaftssekretär aus Nürnberg, sowie Hilger Uhlenbrock, Erzieher und Personalrat in München, über die aktuelle Situation. Christine Thurner, Journalistin bei den Nürnberger Nachrichten, übernahm die Moderation.

Die Runde startete mit Fragen zur Personalsituation in den Kitas. »Heute Morgen dachte ich mir: Der Termin der Veranstaltung könnte nicht besser gewählt sein. Ich hatte gleich mehrere zusätzliche Krankmeldungen von Kolleginnen. Statt fünf können wir nur noch maximal drei Gruppen betreuen. Von Pädagogik kann bestenfalls nur zum Teil die Rede sein. Wenn ich als Leiterin einspringen, daneben aber noch Elterngespräche führen und telefonische Anfragen beantworten muss, bleibt nicht mehr viel Zeit für die Kinder«, so Katrin Dollinger. Das sei kein Einzelfall, berichtete sie weiter: »Wir haben neben hohen Krankheitsständen auch mit einer sehr hohen Arbeitsbelastung zu tun. Dadurch sinkt das Qualitätsniveau, Sprachförderung ist kaum noch möglich, und das in einer Kita mit vielen Nationalitäten.« Sie sprach damit den Kolleg*innen im Saal aus der Seele. Mario Schwandt bestätigte dies aufgrund seiner Beratungspraxis. Auch Hilger Uhlenbrock beantwortete die Frage, ob das in München ähnlich aussieht, klar mit: »Ja! Das ist oft der Regelfall.« Kolleg*innen würden in Folge nicht selten »entweder ganz aussteigen oder sich eine Teilzeitstelle suchen. Das ist dann Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich.«

Karoline Höbner (rechts im Bild), Mitglied des Kreisvorstands der GEW Erlangen, begrüßte neben den Anwesenden auch Hilger Uhlenbrock, Katrin Dollinger, Mario Schwandt (Referent*innen) und die Moderatorin Christine Thurner (v. l. n. r.).

Programme für Quereinsteiger*innen seien im Prinzip hilfreich, doch könnten die Kolleg*innen in den Kitas meist keine Anleitung gewährleisten. »Auch bei den Fachakademien hat sich nichts zum Positiven geändert«, meinte Mario Schwandt. Während früher mehr Bewerber*innen als Plätze vorhanden waren, fehlen den Fachakademien heute außerhalb der Ballungsräume die Bewerber*innen. Und in den Ballungsräumen können wegen des Mangels an Lehrkräften nicht alle aufgenommen werden. Auch hier wäre also eine tarifliche Besserstellung angebracht, was der Arbeitgeberverband bislang jedoch verweigert.

Ob die Kolleg*innen im Publikum es sich vorstellen können, ihren Beruf bis zur Rente auszuüben, verneinten diese einhellig. Eine von ihnen brachte es auf den Punkt: »Ständig kommen neue pädagogische und bürokratische Anforderungen sowie Verwaltungsaufgaben dazu. Das geht einfach nicht.« »Wir wollen einfach nur unseren Job machen!«, ergänzte eine andere. Eine Kollegin, die inzwischen in der Administration tätig ist, schlug deshalb vor: »Wenn Kolleg*innen aus anderen Bereichen eingestellt würden, die z. B. für Hauswirtschaft qualifiziert sind, wäre viel gewonnen und eine große Entlastung erzielt.« Doch es gibt auch Einrichtungen, in denen es besser läuft. Woran dies liegt, gelte es herauszufinden, meinte Mario Schwandt.

Auf die Schlussfrage, ob sie ihren Beruf noch gern ausübe, sagte Katrin Dollinger: »Eigentlich ist Erzieherin ein schöner Beruf. Jeder Tag ist anders als der andere. Wir sehen die Entwicklung der Kinder. Würden die Bedingungen stimmen, würde das richtig Spaß machen.« Die Arbeitsbelastung in den Kitas muss also drastisch gesenkt, die Förderregeln des BayKiBiG müssen geändert und alle Personalkosten wieder vollständig staatlich refinanziert werden. Forderungen, für die sich die GEW weiter einsetzen wird.

von Anton Salzbrunn und Karoline Höbner

Auf den Spuren Brechts in Augsburg

Die GEW-Mitglieder der Fachgruppe für Sonderpädagogik Schwaben trafen sich am 19. Januar 2023 in Augsburg. Ein Highlight des Treffens war der Besuch des Brecht-Museums in Augsburg. Schauspieler Erik Völker-Grotz führte uns unterhaltsam durch die Ausstellung, indem er immer wieder in die Rolle Eugen Bertold Friedrich Brechts schlüpfte. Anschaulich und kritisch stellte er das Leben und Wirken Brechts im zeitlichen Kontext zwischen Monarchie, Ende des 19. Jahrhunderts, und seinem Tod in der DDR dar.

Augsburg ermöglicht ihm bis heute kein seinem Wirken angemessenes Ansehen. Wir waren verwundert, dass dem großen Dichter und Denker, der mitunter gezwungenermaßen auch international wirkte, nur ein kleines schlichtes Museum in seiner Geburtsstadt gewidmet ist; übrigens ohne barrierefreien Zugang.

Ute Haid, Eva Fiedler, Kathrin-Marie Rummel, Cathrin Ehlers (v. l. n. r.)

Nach der Ausstellung tauschten wir uns noch in einem Café über verschiedene Themen aus. Wir diskutierten den Lehrkräftemangel, die derzeitigen Beurteilungen und die Gewinnung von aktiven Mitgliedern. Für viele von uns bedeutet die Möglichkeit dieses Austauschs einen Gewinn, erfahren wir doch so, wie es an anderen Förderzentren läuft und welche innovativen Ideen »Schule machen« könnten.

von Ute Haid

Fachruppe Sonderpädagogische Berufe Schwaben

E 13/A 13 für Lehrkräfte muss schnell und umfassend kommen

Nachdem Markus Söder vor Wochen als CSU-Vorsitzender verkündet hatte, dass er beabsichtige, die GEW-Forderung nach E 13/A 13 für Grund- und Mittelschullehrkräfte umzusetzen, allerdings nur stufenweise, beginnend mit den Mittelschullehrkräften, starteten wir von der GEW Bayern eine Postkartenaktion unter unseren Mitgliedern. Von ihnen wollten wir wissen, warum Lehrkräfte in Grund- und Mittelschulen schon lange die Höhergruppierung verdient hätten. Hier eine Auswahl der Antworten:

»Herr Söder, wir haben schon längst A 13 verdient, weil …

… pädagogische Arbeit genauso viel wert sein muss wie Fachwissenschaft!

… wir das Fundament sind und ohne uns nichts ginge!

… wir zwar andere Arbeit machen als ein Gymnasiallehrer, aber nicht weniger, und ganz bestimmt nicht weniger wichtig!

… wir Heterogenität, Inklusion, Sprachbarrieren als Alltagsaufgabe stemmen!

… wir nicht nur Wissensvermittler, sondern auch Freunde, Psychologen und Sozialarbeiter sind.

… wir unsere Fächer zwar nicht ›vertieft‹ studieren, uns im Laufe des Berufslebens ständig in neue Fachbereiche einarbeiten, da wir unterrichten müssen, was gebraucht wird.

… wir gute und gesellschaftlich sehr wertvolle Arbeit verrichten und in den letzten Jahren immer mehr Aufgaben stemmen mussten. Das muss sich auch in der Bezahlung zeigen.

… wir auch in Zukunft motiviert unseren Job machen wollen!

… weil wir an den Grund- und Mittelschulen wichtige Erziehungsarbeit leisten, die mindestens genauso komplex und anstrengend ist wie der Schwerpunkt in anderen Schularten.«

Martina Borgendale (Vorsitzende der GEW Bayern), Kathrin Frieser (Mitglied der Landesfachgruppe Grund-/Mittelschulen) und ich als stellvertretender Vorsitzender übergaben am 10. Februar die Kisten mit Tausenden Postkarten in der Staatskanzlei an Ministerialrätin Rieder und Ministerialrat Köller, während sich der Ministerpräsident auf dem Weg zum Veitshöchheimer Fasching befand. In einem halbstündigen Gespräch in konstruktiver Atmosphäre tauschte man sich über den derzeitigen Zwischenstand zur Umsetzung von A 13 aus. Laut Köller gibt es verschiedene Modelle, die durchgerechnet werden, aber noch keine konkreten Pläne zur Umsetzung. Martina Borgendale betonte den Wunsch der GEW, die Umsetzung noch vor der Wahl zu beginnen und Grund- und Mittelschule nicht gegeneinander auszuspielen. Wichtig sei es auch, Transparenz herzustellen und die Kolleg*innen an den Schulen über den derzeitigen Zwischenstand zu informieren, forderte ich. Kathrin Frieser mahnte an, dass man die verbliebenen Lehrkräfte an den Schulen dringend entlasten müsse, da sich der Mangel sonst weiter verschärfen könnte. Als Maßnahmen schlug sie vor, die externe Evaluation weiter auszusetzen, Zusatzaufgaben wieder zurückzunehmen und zusätzliches Personal für die Verwaltung einzustellen.

von Florian Kohl

Aktivenkonferenz zu den Forderungen zur Landtagswahl 2023

Am 20. und 21. Januar fand die Aktivenkonferenz der GEW Bayern in München statt. Wegen des sehr erfreulichen Anstiegs der Zahl der Teilnehmer*innen in den letzten Jahren hatte das Orga-Team im Vorfeld dringend nach größeren Räumlichkeiten gesucht. Zu schade wäre es gewesen, die Teilnehmer*innenzahl begrenzen zu müssen. Also trafen wir uns mit fast vierzig Kolleg*innen am Freitagnachmittag im »Eine Welt Haus« und starteten bei Kaffee und Butterbrezen gut gelaunt in die Konferenz. Besonders schön war es, neben altbekannten und geschätzten Kolleg*innen auch ein paar neue Gesichter zu sehen.

Der Auftrag an die Aktivenkonferenz war die Entwicklung der Forderungen der GEW Bayern zu den Landtagswahlen 2023. Nachdem ich als Landesvorsitzende die Kolleg*innen begrüßt hatte und diese sich kurz vorgestellt hatten, folgte ein Input durch die Leiter*innen der sechs angebotenen Workshops zu den Themen Schule, Sozialpädagogische Berufe, Tarifarbeit, Frauen und Gleichstellung, Senior*innenarbeit und Globales Lernen. Sie skizzierten aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen in ihrem Bereich und identifizierten Problemfelder.

Nach dem Abendessen fand ein erstes Brainstorming zu unseren Forderungen nach der Methode des »World-Café« statt. Eine wirklich gute Idee des Orga-Teams, da sich auf diesem Weg alle Teilnehmenden mit allen Themen auseinandersetzen und die Workshop-Leiter*innen so auch schon für die Workshop-Phase am nächsten Tag in kleinerer Runde eine gute und breite Ausgangsbasis mitnehmen konnten.

Am Samstag waren wir im Kulturhaus Milbertshofen zu Gast, da dort genügend Gruppenräume für unsere Workshops zur Verfügung standen. Die Workshop-Teams beschäftigten sich noch tiefer gehender mit ihrem Thema und entwickelten je drei plakative Forderungen für die Landtagswahlen. Danach stellten sie die Forderungen der Einzelworkshops im Plenum vor. Die weitere Gewichtung erfolgte durch die Vergabe von Klebepunkten.

Eine Schlussrunde im Plenum mit einer Ideensammlung zu Aktionsformen und Öffentlichkeitsarbeit beendete die Konferenz. Es

Teilnehmer*innen der Aktivenkonferenz

entstanden tolle, kreative Ideen wie eine Podiumsdiskussion mit Politiker*innen, die zu unseren Forderungen klar Stellung beziehen müssen, oder eine Social-Media-Kampagne mit Bildern von Aktiven.

Es war sehr wertvoll, so viele Perspektiven, verschiedene Erfahrungen, geballte Kompetenz und Ideenreichtum versammelt zu haben. So bilden die Ergebnisse der Aktivenkonferenz eine tolle Grundlage für die Abstimmung unserer Forderungen und Aktionen zur Landtagswahl 2023 in den Gremien der GEW Bayern.

Wir danken sehr herzlich allen Teilnehmer*innen, den Workshop-Leiter*innen Joscha Falck und Florian Kohl, Hilger Uhlenbrock und Gerd Schnellinger, Anton Salzbrunn, Manfred Doetsch und Konny Hoff, Renate Oehler und Sandra Schieler sowie Christoph Steinbrink und dem Orga-Team bestehend aus Florian Kohl, Anton Salzbrunn und Doro Weniger. Und natürlich der Geschäftsstelle für die organisatorische Unterstützung.

von Martina Borgendale

Queerpolitische Themen auf der Agenda des Bundesausschusses Queer

Vom 20. bis 22. Januar 2023 kamen die Mitglieder des Bundesausschusses (BA) Queer der GEW in Frankfurt am Main zu ihrer ersten regulären Sitzung in diesem Jahr zusammen. Insgesamt nahmen Delegierte aus elf Landesverbänden – darunter auch Bayern – teil. Als Gastmitglieder des BA Queer begrüßten wir Vertreter*innen des Bundesverbandes »Intergeschlechtliche Menschen e. V.« und des bundesweiten Antidiskriminierungsnetzwerks »Schule der Vielfalt«. Bereits am ersten Sitzungstag diskutierten wir intensiv, wie die GEW damit umgehen soll, dass sie auf der diesjährigen didacta-Bildungsmesse einen Stand direkt neben den Abtreibungsgegner*innen der »Aktion Lebensrecht für Alle« (ALfA) zugewiesen bekommen hat. Der christlich-fundamentalistische Lobbyverband mit Sitz in Augsburg lehnt nicht nur die geschlechtliche Selbstbestimmung von Frauen ab, sondern bekämpft auch queere Familien- und Lebensentwürfe. Schnell wurde klar, dass sich die Mitglieder des BA Queer eine deutliche und öffentlichkeitswirksame Positionierung der GEW wünschen: Antifeminismus und Queerfeindlichkeit haben auf Europas größter Bildungsfachmesse keinen Platz!

Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Umsetzung des Beschlusses des Gewerkschaftstags zur Situation von trans*, inter* und nicht binären (TIN) Personen in Bildungseinrichtungen. Wir diskutierten unter anderem, welche Rahmenbedingungen Arbeitgeber sicherstellen müssen, um die Diskriminierung von TIN-Kolleg*innen im Betrieb abzubauen.

Auch der Nationale Aktionsplan »Queer leben« der Bundesregierung stand auf der Tagesordnung: Bislang liegt nur ein erster Entwurf des Aktionsplans vor, der im Laufe dieses Jahres in Zusammenarbeit mehrerer Bundesministerien gemeinsam mit verschiedenen Interessenverbänden weiterentwickelt werden soll. Der BA Queer möchte sich an diesem Prozess beteiligen und seine Expertise einbringen.

Außerdem besprachen wir an dem Wochenende weitere Themen wie beispielsweise die Sensibilisierung von GEW-Kolleg*innen in der Rechtsberatung für queerspezifische Themen, die Umsetzung geschlechtergerechter Sprache in der Satzung der GEW sowie die Aufarbeitung der Geschichte lesbischer Lehrerinnen* in der GEW.

von Christiane Fuchs

GEW-Mitgliederversammlung und Ehrung langjähriger Mitglieder im Kreis Hof-Wunsiedel

Am 26. Januar fanden sich zahlreiche Gewerkschaftsaktivist*innen der GEW Hof-Wunsiedel im Hofer Postsportheim ein. Karlheinz Edelmann, GEW-Kreisvorsitzender, blickte in seinem Tätigkeitsbericht auf viele Aktionen und Initiativen in verschiedenen Bereichen zurück und kritisierte dabei auch die Bildungspolitik des Freistaats. So habe sich Ministerpräsident Söder mit seiner Idee, fehlende Lehrkräfte anderen Bundesländern abluchsen zu wollen, reichlich blamiert.

Unser Kassierer Bernd Mangei und die Revisor*innen Angelika Edelmann und Günter Wolf ergänzten seinen Bericht um Informationen zu den Finanzen. Ihr Fazit: »Alles bestens.« Zusätzliche Beiträge von Mitgliedern zeigten das breite Spektrum an Arbeitsfeldern auf: So beteiligt sich Angelika Edelmann aktiv in der AG Ganztag an Schulen und Reinhard Mehringer in der GEW-Fachgruppe Realschulen.

(v. l. n. r.) Reinhard Mehringer, Bernd Mangei, Karlheinz Edelmann, Fred Leidinger, Sigurd Bischoff, Jörg Ogrowsky, Udo Benker-Wienands, Franz Foff und Udo Rödel

Über ihre Erfahrungen des Unterrichtens von Geflüchteten bzw. von deren je nach Herkunft durchaus ungleicher Behandlung durch staatliche Behörden berichteten Sebastian Lehmann, stellvertretender GEW-Kreisvorsitzender, und Udo Benker-Wienands. Die Hofer Mitinitiatorin Sabine Prell der bundesweiten Kampagne eines Bündnisses zum Zeugnisverweigerungsrecht für Sozialpädagog*innen hob einen ersten Teilerfolg hervor.

Viele Mitglieder engagieren sich auch seit Langem in Bündnissen gegen rechts und beteiligen sich an deren Aktionen, nicht zuletzt zusammen mit dem DGB Hochfranken: So protestierten sie gegen Naziaufmärsche in Wunsiedel. Sie waren aber auch bei der Kundgebung des DGB gegen Hochrüstung und Kaputtsparen des Gesundheits- und Bildungssektors anlässlich des Antikriegstags am 1. September dabei und zuvor beim Hofer Ostermarsch für Frieden und Abrüstung wie auch am vergangenen 1. Mai in Schwarzenbach/Saale. Leider droht diese Tradition dort grade abzureißen.

Als stellvertretende DGB-Kreisvorsitzende informierte ich über intern umstrittene Pläne des DGB, 2023 alle Kraft auf Hofer Aktionen zum Tag der Arbeit zu konzentrieren. Abgesehen davon soll – wie üblich – zusammen mit der GEW am 2. Mai an die 1933 verfolgten und ermordeten Gewerkschaftsmitglieder erinnert werden.

Jeweils einstimmig beschloss die Versammlung zwei Anträge: Die GEW unterstützt den Hofer Ostermarsch am 8. April und das vom Hofer Bündnis »Hof ist bunt« zusammen mit der VVN-BdA geplante Gedenkkonzert am 10. November.

Schließlich ehrten wir verdiente Mitglieder: Udo Rödel, Fred Leidenberger, Sigurd Bischoff, Udo Benker-Wienands, Jörg Ogrowski, Albrecht Bald und Hermann Göldel blicken auf 50 Jahre GEW-Mitgliedschaft zurück, Reinhard Mehringer, Inge Haarbauer-Gross und Kuno Zöller auf vier Jahrzehnte. Zudem gratulierte der GEW-Vorsitzende Edelmann dem Kollegen Franz Foff zu seinem 85. Geburtstag. Zusätzlich zum Buchpräsent gab es das Kompliment an die gut gelaunten Jubilar*innen, dass »das halbe Jahrhundert in der Gewerkschaft offenbar jung erhalte und ihnen sichtbar gut bekommen« sei. Die allermeisten von ihnen »stecken nach wie vor bis über die Ohren in verschiedenen Bereichen in ehrenamtlicher Arbeit.«

von Eva Petermann

Globaler Klimastreik in Memmingen

Auch in Memmingen wurden einige Mitglieder der GEW aktiviert, um am 3. März am Globalen Klimastreik teilzunehmen. Im Bündnis mit der Klimainitiative Memmingen e. V. (KIMM) liefen ca. 250 bis 300 Menschen durch die Memminger Straßen, u. a. mit Vereinen und Organisationen von Bund Naturschutz, Günztal-Stiftung, attac, ADFC, Gemeinwohl-Ökonomie (GWÖ), Landesbund für Vogel- und Naturschutz (LBV) und Deutscher Alpenverein (DAV).

Es war ein vielfältiges Programm am Marktplatz geboten, wie u. a. eine mitreißende Rede über die Klimakatastrophe von Felix Schachenmayr, Percussion-Handpan-Musik von Samuel Heinrich, ein Beitrag von Schauspieler*innen des Landestheaters Schwaben, eine Filmvorstellung »Der laufende Frühling« mit anschließender Diskussionsrunde mit der Autorin und Regisseurin Johanna Schellhagen. Für das leibliche Wohl sorgte der mexikanische Stand »La Masa«.

Alles war gut durchorganisiert und so wurde es eine gelungene Aktion in Partnerschaft mit der GEW!

von Ute Haid

Silke Aschmer, Gabriele Albrecht-Thum, Ute Haid und Christiane Renz (v. l. n. r.) machten die GEW beim Globalen Klimastreik in Memmingen sichtbar.

Globaler Klimastreik in München

In München folgten ca. 32.000 Menschen dem Aufruf von Fridays for Future (FFF) zum Globalen Klimastreik am 3. März. Eine enorme Zahl angesichts der Tatsache, dass an diesem Tag die Beschäftigten des Münchner Verkehrs- und Tarifverbunds streikten und der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) fast gänzlich zum Erliegen kam.

Geprägt war dieser Globale Klimastreik von der Solidarität zwischen FFF und den ÖPNV-Beschäftigten, die die Schwestergewerkschaft ver.di für den gleichen Tag zu Warnstreiks aufgerufen hatte. Das Ziel des ÖPNV-Ausbaus mit guten Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten im Zeichen der Verkehrswende ist der gemeinsame Nenner beider Organisationen. In zwei Reden von ver.di-Kollegen spiegelte sich dies auch wider. Die Kolleg*innen waren darüber hinaus mit mehr als 40 Fahnen, einem Infotisch und vielen Kolleg*innen mit Streikwesten vertreten.

Sicher finden auch wir von der GEW viele Ansatzpunkte für eine Kooperation, da wir uns ja seit der ersten UN-Dekade »Bildung für eine nachhaltige Entwicklung« (2004-2014) auch mit dem Klimaschutz beschäftigen. Zudem ist die GEW Bayern seit letztem Jahr Gründungsmitglied des »Pakts für BNE (Bildung für nachhaltige Entwicklung mit besonderer Wichtigkeit der Klimabildung) in Bayern«.

Nach der Auftaktkundgebung zog ein bunter Demozug durch das Univiertel, um dann für die Schlusskundgebung auf den Odeonsplatz zurückzukehren. Beeindruckend ist immer wieder die inklusive Arbeitsweise der zumeist sehr jungen Klimaschützer*innen von FFF: So »übersetzte« eine Person auf der Bühne die Reden in Gebärdensprache und nach dem Klimastreik wurden diese umgehend in englischer Sprache auf der FFF-Homepage (fff-muc.de) allen Interessierten zugänglich gemacht.

Foto: Siggi Grob

von Dorothea Weniger

Lützerath: Kapitalinteressen gegen wissenschaftliche Fakten

Am 14. Januar 2023 kamen im rheinischen Kohlerevier bis zu 30.000 Menschen zusammen, um für den Erhalt des Dorfes Lützerath zu protestieren. Der Weiler soll der Erweiterung des Braunkohletagebaus Garzweiler durch den Energiekonzern RWE weichen, Aktivist*innen wollen das bis heute verhindern.

Aus dem Nichts kam diese Mobilisierung mitnichten: Besetzt war das Dorf bereits seit Jahren. Am 11. Januar 2023 begann die Polizei mit einem Aufgebot aus 14 Bundesländern mit der Räumung des Weilers, bis Ende Januar sollte sie noch andauern. In der Großdemonstration sahen die Bündnisse eine letzte Möglichkeit, Druck auf die Politik zur Rettung des Dorfes auszuüben.

So brachen auch aus Bamberg drei Busse um 3.30 Uhr morgens mit 170 Passagier*innen Richtung Lützerath auf. Auf dem Weg zur Demonstration zeigten sich Veranstalter*innen und Angereiste von der Menge an Menschen überwältigt. Dieses Gefühl hielt auch an, als die Demonstration unter antikapitalistischen Sprechchören durch Kreyenberg zog. Dort wurden auch Reden gehalten. So sprach eine Mitorganisatorin der Lützerather Mahnwache davon, dass im öffentlich-rechtlichen Rundfunk lediglich 4 Prozent des Sendeanteils an die Klimakrise geht, weshalb wir auch eine Bildungskrise hätten.

Gegen 13 Uhr begann sich die Lage zuzuspitzen: Einzelne Gruppen scherten aus der Route aus und brachen querfeldein Richtung Lützerath auf. Daraufhin zogen sich die Einsatzkräfte vor dem Dorf zusammen. Es kam zu mehreren Übergriffen der Polizei auf meist friedliche Aktivist*innen: Hervorzuheben ist hier ein Einsatzkommando, welches Demonstrant*innen, die mit dem Rücken zur Abbruchkante wenige Meter vor dem Tagebau standen, mit den Worten »Zurück, zurück!« noch näher an die Abbruchkante trieb. Aus den Reihen der Demonstrant*innen wurde diese Gewalt mit dem Zünden von Feuerwerkskörpern und dem Werfen von Schlamm auf die Polizist*innen beantwortet. Diese Konfrontation von Polizeikette und Demonstrant*innen dauerte noch bis in die Abendstunden, der Einsatz von Wasserwerfern erwies sich wegen des starken Windes als kontraproduktiv.

Heike Kettner und Christian Luplow vom BUND Naturschutz, die unsere Busse organisiert hatten, beschreiben den ereignisreichen Tag rückblickend wie folgt: »Es war beeindruckend zu sehen, wie viele Menschen trotz der widrigen Umstände gekommen sind.« Vor allem viele junge Menschen hatten den Weg auf sich genommen. Einige von ihnen sind in Organisationen aktiv, die einen offenen Brief an die Bundestagsabgeordneten des Bamberger Wahlkreises für ein Moratorium schrieben. In diesem legten sie dar, dass die Kohle unter Lützerath für den voraussichtlichen Energieverbrauch gar nicht benötigt wird. Auch eine Handvoll Bamberger GEW-Mitglieder schloss sich der Fahrt an: Die höhere Gewichtung wissenschaftlicher Fakten gegenüber Kapitalinteressen sind ihnen im Bildungssystem ebenso wichtig wie in der Klimapolitik – dass Lützerath fallen soll, ist für sie eine Absage an ihre Interessen in der Klimaschutzdebatte.

von Hendrik Torner

Mehr Eindrücke aus Bamberg erfahrt ihr unter: dgbhsgbamberg.noblogs.org

Foto: Martin Müller

Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte ... Berichte

»Bildung. Weiter denken!« – auch über Grenzen hinweg

Mit Beginn des Sammelns von Spenden für ein Mädchenberufsschulprojekt in der Region Nord- und Ostsyrien im Jahr 2015 knüpften wir von der GEW Bayern auch Kontakte zu weiteren GEW-Gliederungen, die sich ebenfalls für diesen Bereich engagierten. Die daraus entstandene Koordinierungsgruppe, ihre Mitglieder kamen zunächst aus Bayern, Niedersachsen, Berlin und Hessen, intensivierte die Zusammenarbeit mit den für Bildung Verantwortlichen in Nord- und Ostsyrien.

Im Februar 2022 erschien in der E&W, unterstützt vom Referat Internationales beim GEW-Hauptvorstand, ein Interview mit den damaligen Co-Vorsitzenden des Bildungsrates der autonomen Region Rojava. Der Bildungsrat ist mit einem Bildungsministerium vergleichbar. Bei der Onlinetagung »Internationales 2022« waren dann erstmals auch Gäste vom Bildungsrat und von der Lehrer*innengewerkschaft Nord- und Ostsyriens zugeschaltet. Dabei entstand die Idee, weitere gemeinsame Veranstaltungen zu organisieren, in denen über Bildungsthemen und Kooperationsmöglichkeiten diskutiert werden sollte.

Nesrîn Reşik ist die Co-Vorsitzende der Bildungsgewerkschaft in Nord- und Ostsyrien.
Foto: Carmen Ludwig

NAMA (Landesausschuss für Migration, Diversität und Antidiskriminierung Niedersachsen) und LIB (Landesausschuss interkulturelle Bildung Bayern) organisierten noch im gleichen Jahr zwei gut besuchte Onlineveranstaltungen, wiederum mit zugeschalteten Gästen. Zunächst ging es um die Besonderheiten und Herausforderungen des Bildungssystems in Nord- und Ostsyrien, wie z. B. die fehlende internationale Anerkennung der dort erzielten Abschlüsse. Wir stellten aber auch die Arbeit der GEW-Koordinierungsgruppe vor und besprachen weitere Möglichkeiten des Austauschs.

Bei der vom LIB am 17. November 2022 organisierten gemeinsamen Onlineveranstaltung unter dem Titel »GEW und Yekîtiya Mamosteyên (Nord- und Ostsyrien) – zwei Bildungsgewerkschaften auf dem Weg zur Kooperation« beschäftigten wir uns mit dem Thema Mehrsprachigkeit. In der Autonomieverwaltung Nord- und Ostsyrien (AANES) wird der Gleichberechtigung aller dort vertretenen Muttersprachen (kurdisch, arabisch, aramäisch) fundamentale Bedeutung beigemessen. Nach den ersten drei Schuljahren in der jeweiligen Muttersprache lernen die Kinder die anderen Sprachen der Region. So wird die Gleichstellung aller ethnischen Bevölkerungsgruppen gestärkt und die Mehrsprachigkeit gefördert. »ALLE Sprachen sind gleichberechtigt!« lautet auch ein GEW-Beschluss vom Gewerkschaftstag 2021. Wir ziehen also am gleichen Strang.

Der vorläufige Höhepunkt unserer Zusammenarbeit ist die Aufnahme der Lehrer*innengewerkschaft Nord- und Ostsyriens im November 2022 in die Bildungsinternationale. Es ist dem Engagement des Referats Internationales, hier speziell Dr. Carmen Ludwig, zu verdanken, dass Nesrîn Reşik und Dilber Yousif im Februar 2023 eine Delegationsreise nach Deutschland antreten konnten. Endlich war es möglich, sich u. a. bei der Jahrestagung Internationales 2023 in Göttingen persönlich zu begegnen und Ziele für die weitere Zusammenarbeit zu formulieren.

Überschattet wurde das Treffen von dem schweren Erdbeben in der Türkei und in Syrien. Schweigeminuten im Gedenken an die vielen Opfer und Hinweise auf die Möglichkeit zu spenden waren vor Ort ein erster kleiner Schritt der weiteren Unterstützung.

von Margot Simoneit

Erlesenes ... Erlesenes ... Erlesenes ... Erlesenes ... Erlesenes ... Erlesenes

Auf den Spuren der Kritischen Theorie und der modernen Sozialphilosophie

Im Anschluss an seine langjährige Tätigkeit an einem bayerischen Gymnasium legt unser GEW-Kollege Friedbert Stühler eine schrittweise Einführung in die Gedanken der Kritischen Theorie und der modernen Sozialphilosophie vor und wendet sich dabei explizit auch an junge philosophisch interessierte Leser*innen. Es ist sein Anspruch, ein strukturiertes »Lese- und Verstehensprogramm« vorzulegen. Nach einem fünfschrittigen Schema werden sieben philosophische Autoren vorgestellt, »die wichtigsten Textstellen begrifflich erschlossen, erklärt und miteinander schrittweise verbunden« (Vorwort) sowie in einen größeren Kontext gestellt.

Das erste Kapitel ist Walter Benjamin gewidmet, dessen Einfluss auf die Kritische Theorie und die moderne Sozialphilosophie durch den Entwurf eines »mosaikartigen Bildes der Moderne« dargestellt wird. Weit ausführlicher geht Stühler auf Theodor W. Adornos Theorie unter der Überschrift »Instrumentelle Vernunft und gesellschaftliches System« ein. Darauf folgt ein kurzes Kapitel über Günther Anders und dessen frühe Warnung vor den Gefahren der modernen technischen Lebenswelt, insbesondere vor atomaren Gefahren. Schwerpunkt des Buches ist das umfangreichste Kapitel, das Jürgen Habermas und dem »Projekt der kommunikativen Vernunft« gewidmet ist. In den folgenden beiden kürzeren Kapiteln geht es eher um praxisorientierte Ansätze: »Kommunikation in Gesellschaft und Politik« (Bernhard Pörksen und Friedemann Schulz von Thun) und »Kooperation und Resonanz aus der Sicht der Neurobiologie« (Joachim Bauer). Ein letztes ausführliches Kapitel beschäftigt sich mit Hartmut Rosa und der Resonanztheorie. Stühler leitet die Leser*innen schrittweise durch Rosas seit 2016 in zahlreichen Auflagen erschienenes, fast 800 Seiten umfassendes Hauptwerk »Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung«.

Friedbert Stühler:
Auf den Spuren der Kritischen Theorie und der modernen Sozialphilosophie. W. Benjamin, Th. W. Adorno, G. Anders, J. Habermas, B. Pörksen/F. Schulz von Thun, J. Bauer und H. Rosa
LIT-Verlag • Münster 2022
274 Seiten
29,90 Euro
ISBN: 978-3-643-14985-5

Trotz oder wegen verschiedener Schriftformen und -größen, über 200 Anmerkungen und zahlreicher Zwischenüberschriften ist es manchmal schwierig, das fünfschrittige Programm nachzuvollziehen, sich zwischen Darstellung, Originaltext und Kommentierung zu orientieren. Wünschenswert wäre im Vorwort eine Begründung der Auswahl der vorgestellten Autoren, insbesondere derer, die sich nicht explizit auf die Kritische Theorie beziehen. Eine stärkere Betonung des Einflusses der Frankfurter Schule auf das politische Denken insbesondere der »68-er« wäre eine Bereicherung für das Buch.

Hervorzuheben ist, dass Stühler dem Titel seines Buches gerecht wird, indem er konsequent ausgewählte Spuren der Kritischen Theorie verfolgt und immer wieder Querverbindungen und Bezüge zu deren Ausgangspunkten herstellt. Kurzbiografien und Fotos der präsentierten Autoren ergänzen das Bild. Ein anspruchsvolles und empfehlenswertes Buch, das zum Weiterlesen und zum Diskutieren anregt.

von Gele Neubäcker

edu:regio
München 2023

AUSSTELLUNG MIT
FORTBILDUNGSPROGRAMM
6. MAI 2023
TONHALLE MÜNCHEN

Inspirierende **Vorträge**, spannende **Gespräche**, ein individuelles **Fortbildungsprogramm** und eine umfangreiche Ausstellung mit Schwerpunkt bei digitalen Bildungsmedien:
Das ist edu:regio.

Mehr Infos und Anmeldung:
www.edu-regio.de/muenchen-2023

VERBAND
BILDUNGS
MEDIEN

Anzeige

Seminare der Gewerkschaftlichen Bildungsarbeit ab April 2023

Detaillierte Informationen zu den angebotenen Seminaren und Anmeldeschluss finden sich unter www.gew-bayern.de/bildungsarbeit.

- 22. April in München • **Seminar über verbrannte politische und wissenschaftliche Literatur** mit Michael Schätzl
- 6./7. Mai in Nürnberg • **Mit TANZEN SPIELEND LERNEN. Elemente in Bewegung und Tanz mit Kindern** mit Marija Milana
- 13. Mai in Nürnberg • **Digitalisierung in Schule und Unterricht** mit Joscha Falck
- 12./13. Mai in Neumarkt • **Treffen des Ausschusses der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit in der GEW Bayern**

Fragen und Anregungen bitte an Mark Ellmann: mark.ellmann@gew-bayern.de, Tel.: 089 54408120

Der LesePeter ist eine Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW für ein herausragendes aktuelles Buch der Kinder- und Jugendliteratur. Die ausführliche Rezension (mit pädagogischen Hinweisen) gibt es unter AJuM.de (Datenbank) oder unter LesePeter.de.

Im März 2023 erhält den LesePeter das Sachbuch

Astrid Schulte
Das Feuerbuch
Alles rund ums Feuermachen

Franck-Kosmos • Stuttgart 2022 • 80 S. • 24,00 EUR • ab 8 Jahre
EAN: 9783440171639

Feuer machen, aber richtig! In diesem Buch erfährst du alles Wichtige zum Thema Feuer machen. Wie, wo, womit und wann darf man Feuer entfachen? Du erhältst Anregungen, um Grillwerkzeug zu basteln, sowie jede Menge Rezepte, die direkt über dem Feuer zubereitet werden können. Dem Sachbuch ist ein Feuerstahlset beigefügt.

Im April 2023 erhält den LesePeter das Bilderbuch

Levi Pinfold
Paradise Sands
Übersetzung aus dem Englischen: Nicola T. Stuart

Jacoby & Stuart • Berlin 2022 • 40 S. • 24,00 EUR • ab 8 Jahre
ISBN: 978-3-96428-156-2

Das im Bilderbuch erzählte Märchen von Versuchung und Selbstbestimmung, in dem ein kleines Mädchen sich und ihre Brüder aus dem Bann des Sehers befreien muss, bietet mit seinen fotorealistischen Panoramen und symbolträchtigen Inszenierungen vielfältige Lesarten an, die Kinder und Erwachsene gleichermaßen herausfordern.

Anzeige

GEW am 1. Mai in München

Unsere GEW-Bundesvorsitzende Maike Finnern hält die Hauptrede auf der »1. Mai«-Kundgebung in München

Kommt zahlreich aus München und gerne mit Delegationen aus anderen Kreisverbänden!

Programm:
09.30 Uhr Auftakt vor der Agentur für Arbeit, Kapuzinerstraße 26
10.00 Uhr Demonstration zum Münchner Marienplatz
11.00 Uhr Kundgebung
Begrüßung: Simone Burger, Vorsitzende DGB München
Begrüßung der Kolleg*innen in den aktuellen Tarifrunden
Was uns bewegt: Fachkräftemangel, ehrenamtliche Kolleg*innen
Aktion der DGB-Jugend
Maike Finnern, Bundesvorsitzende der GEW, spricht zu den Kolleg*innen
ca. 12.15 Uhr Kultur- und Familienfest
ab 16.30 Uhr »laut.stark 23«: Open-Air-Konzert for free auf dem Marienplatz

Der Stadtverband München lädt zu einer Veranstaltung des »Jour fixe« der Senior*innen ein

Über Cancel Culture

Der Begriff »Cancel Culture« ist in aller Munde. Dabei richteten sich die unterschiedlichen Praktiken des Cancelns, also des Entziehens von Aufmerksamkeit, ursprünglich primär gegen konkrete Personen, deren Verhalten, Äußerungen oder Lebensweise als (Minderheiten) herabwürdigend und diskriminierend empfunden wurden. Mittlerweile liegt der Fokus aber auf Kulturobjekten, die von solchen Personen geschaffen wurden oder aufgrund ihrer Inhalte bzw. Aussageabsicht als problematisch angesehen werden. Dabei kann es sich um Artefakte wie die Denkmäler von Kolonialherren handeln, jedoch auch um Romane und Filme.
Wie sinnvoll aber sind diese Boykottaufrufe? Tragen sie wirklich dazu bei, dass schwierige Inhalte nicht mehr verbreitet werden oder verhelfen sie diesen sogar zu mehr Beliebtheit?

Referentin:
Prof. Dr. Claudia Paganini
(Hochschule für Philosophie München)

Montag, 17. April um 19 Uhr
EineWeltHaus, Raum 211/212, Schwanthaler Str. 80

Referat und Diskussion stehen **allen Interessierten der GEW** offen.

Aus verbrannten Büchern lesen

Die GEW Bayern erinnert online ein Jahr lang an die Bücherverbrennung vom Mai 1933 (vgl. DDS 5/2022, S. 15). Das Projekt wird von der »Münchner Freiheitsbibliothek« ausgeführt. Monatlich stellen wir eine*n Autor*in auf der GEW-Homepage vor. Im März befassten wir uns mit Josef Hofbauer und Robert Danneberg, im April mit Alice Rühle-Gerstel und Otto Rühle.

Josef Hofbauer (1886 – 1948) und Robert Danneberg (1885 – 1942): Im Roten Wien der 1920er-Jahre
Wien strahlte in den 1920er-Jahren weit über die Landesgrenzen hinaus als erfolgreiche, sozialdemokratisch regierte Stadt. Und auch heute schauen viele wieder nach Wien, wo die Stadt selbst der größte Immobilienbesitzer ist und ca. zwei Drittel der Bewohner*innen in öffentlich geförderten oder kommunalen Wohnungen leben. Ein Fakt, der in den 1920er-Jahren begründet wurde. Steigende Mietpreise wie fast überall in Europa sind hier kaum Thema. Und nach dem Ersten Weltkrieg schaffte es das Rote Wien, trotz großer äußerer Belastungen im Wohnungsbau, der Verwaltung, der Sozialfürsorge und vielen anderen Bereichen, Freiheit, Wohlstand und Zufriedenheit für viele Bewohner*innen zu mehren. Wie die sozialdemokratische Politik im Einzelnen gestaltet wurde, lässt sich in einer Broschüre Robert Dannebergs »Zehn Jahre neues Wien« (1929) detailreich nachlesen. Und wie begeisternd dies auch schon damals für alle interessierten Besucher*innen war, davon erhalten die heutigen Leser*innen einen Eindruck im spannenden Reisebericht Josef Hofbauers mit dem Titel »Im Roten Wien« (1926). Eine Anregung für uns zur Stadt der Zukunft?

Otto Rühle (1874 – 1943) und Alice Rühle-Gerstel (1894 – 1943): Die Vordenker*innen einer aufgeklärten Erziehung
Erziehungsfragen sind zentral für eine Gesellschaft und ihre Entwicklung. Eine sozialistische Erziehung ist daher unabdingbar für eine sozialistische Gesellschaft. Worauf es bei einer solchen Erziehung der Zukunft ankommt, das legten Alice Rühle-Gerstel und Otto Rühle in ihrer Zeitschrift »Blätter für sozialistische Erziehung« in ihrem Verlag »Am anderen Ufer« dar. Alice Rühle-Gerstel brachte dabei die von ihr intensiv studierte Individualpsychologie Alfred Adlers ein und Otto Rühle seine Erfahrungen aus der praktischen Politik als Rätekommunist. Ein wichtiger Aspekt in ihren Werken betont die Erziehung des Menschen zur Freiheit. Diese Freiheit sollte aber genutzt werden: für die Gemeinschaft!

von Christine Mittlmeier

Weitere Texte: gew-bayern.de/erinnerung-an-die-buecherverbrennung-1933

Leser*innenbriefe ... Leser*innenbriefe ... Leser*innenbriefe ...

Leser*innenbrief zu »Unter aller Kritik, dennoch Gegenstand der Kritik« (Erlesenes), DDS Dezember 2022, S. 16

Ich gebe zu, dass ich weder Wagenknechts Buch über die »Selbstgerechten«, noch das Buch von W. Veiglhuber gelesen habe. Trotzdem erlaube ich mir eine Meinung zum Artikel in der DDS. Ich sage das vorweg, weil ich verstehen würde, wenn ihr deshalb meinen Leser*innenbrief sogleich in den Papierkorb werfen würdet. Womit ich – ehrlich gesagt – ein bisschen rechne. Aber ich schreibe ihn trotzdem. Also, im Notfall, auch für den Papierkorb!

Also: Wagenknecht in die Ecke der nationalistischen AfD zu stellen, empfinde ich – gelinde gesagt – als sehr gewagt. Die Buchbesprechung Häberles liest sich nicht einmal als inspirierende durchdachte geistreiche Polemik; sie liest sich wie ein Hass-Hetzartikel mit vollkommen einseitiger Betrachtungsweise. Dieses »rezensierte« Anti-Wagenknecht-Buch als kritische Lektüre für den Unterricht zu empfehlen, finde ich zudem pädagogisch sehr fragwürdig bzw. daneben. Da würde ich als Deutschlehrerin eher vorschlagen, lest das ruhig, aber parallel dazu auch das Original! Ein Vergleich wäre für ein »Top«-Unterrichtsmodell sehr geeignet. Das ja! Wagenknecht außerdem »völkisch-nationalistische Beschwörungen einer deutschen Schicksalsgemeinschaft« nachzusagen, sie als »Brückenbauerin nach rechts« zu bezeichnen, empfinde ich als blindwütige Verurteilung ihrer Person und geht mir – nach allem, was ich von und über sie weiß – vollkommen gegen den Strich.

Ehrlich gesagt, bin auch ich nicht mit all ihren Aussagen und Redebeiträgen einverstanden, wie z. B. mit dem Punkt »Verwirkung des Gastrechts« damals in Köln. Aber es gibt bei Wagenknecht genug sehr gute, analytisch fundierte Beispiele wie z. B. den Podcast »Wagenknechts Wochenschau« etc., die sehr wohl als Kapitalismuskritik und Kritik am Nachrichten-Mainstream zu würdigen wären. Und nicht zu vergessen auch unterrichtsvalabel wären. Wenn es z. B. im Unterricht um die Analyse wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Fragen geht.

von Elke Funke

Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ...

Diese Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an die DDS-Redaktion: Dorothea.Weniger@gew-bayern.de

Diese Liste der GEW-Kontakte füllt sich. Weil der Platz hier begrenzt ist, haben wir den Hinweis, dass Termine nach Vereinbarung stattfinden und deshalb abgefragt werden müssen, durch ein Sternchen (*) ersetzt.

Altötting Treffen nach Vereinbarung. *
Kontakt: Karin Ebensperger, karinebensperger@gmx.de

Ansbach Pädagogischer Stammtisch in regelmäßigen Abständen, Termine dazu und weitere Informationen: www.gew-ansbach.de
Kontakt: Günther Schmidt-Falck, ☎ 09802 953142, gew.kvansbach@gmail.com

Aschaffenburg/Miltenberg * Kontakt: Monika Hartl, ☎ 06021 4433609
Mobil: 01520 8886351, Monika.hartl@gew.bayern

Augsburg * Kontakt für Lehrkräfte: Katrin Fischer, vertretung@gew-augsburg.de, mobil: 0176 45506534
HSG-Treffen mittwochs, 18.00 Uhr, GEW-Büro, Schaezlerstraße 13 ½, Augsburg

Bad Tölz/Wolfratshausen
Stammtisch 2. Mittwoch im Monat (Geretsried od. Bad Tölz) 20.00 Uhr
Kontakt: Gisa Pfnuer-Reichelt, ☎ 08171 909344 oder 0152 07507711

Bamberg Treffen jeden dritten Donnerstag im Monat im »Hofcafé«, 19.00 Uhr
Kontakt: ☎ 0177 850273, hendrik.torner@gew.bayern
aktuelle Infos auf Facebook oder Instagram unter gew_bamberg

Bayreuth/Kulmbach Treffen jeden 3. Donnerstag im Monat (außer Ferien), 19.00 Uhr, Gaststätte »Plektrum«, Bayreuth, Moritzhöfen 29
Kontakt: kv.bayreuth-kulmbach@gew.bayern

Coburg Nächstes Treffen wird per Mail angekündigt
Kontakt: Jürgen Behling, kv-cokclif@gew.bayern

Erding Stammtisch jeden dritten Donnerstag des Monats (außer Ferien) 19.30 Uhr beim Wirt in Riedersheim
Kontakt: Heidi Oberhofer-Franz, heidi.oberhofer-franz@gew.bayern

Erlangen jeden Montag Sprechstunden von 17.00-18.00 Uhr (nur telefonisch), Arbeitslosenberatung: jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat, 18.00 - 19.00 Uhr (nur telefonisch), Friedrichstr. 7,
Kontakt: ☎ 09131 2065462, info@gew-erlangen. de, www.gew-erlangen.de

Forchheim jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr Vogelgässler, Vogelstr. 16
Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 09191 702432, andihartmann@web.de

Freising * Kontakt: Tina Buchberger, ☎ 0160 95908582

Fürstenfeldbruck/Dachau * Kontakt: Margot Simoneit
☎ 08141 539154, margot.simoneit@gew.bayern

Fürth Sprechzeiten im GEW Bezirksbüro, Luisenstr. 2, 90762 Fürth nach Vereinbarung
Kontakt: ☎ 0911 6589010, mittelfranken@gew.bayern

Hof-Wunsiedel Treffen jeden 2. Donnerstag im Monat, abwechselnd in Hof bzw. Selb, Ort und Termin: www.gew-oberfranken.de
Kontakt: Karlheinz Edelmann, ☎ 09281 93921, edekarl@yahoo.de

Ingolstadt/Eichstätt/Neuburg/Donau
Kontakt: Andrea.Oberhofer@gew.bayern

Kempten/Oberallgäu
Kontakt: schwaben@gew.bayern

Landshut/Westliches Niederbayern * Offenes Treffen jeden 2. Donnerstag im Monat, 18.30-20.00 Uhr, Café International, Am Orbankai 4, Landshut
Kontakt: Markus Weinberger, landshut-westliches-niederbayern@gew.bayern

Lindau * Kontakt: Gerold Maier, ☎ 08381 5183• gew-gerold@web.de

Main-Spessart * Kontakt: Elfriede Jakob-Komianos, ☎ 09352 5768 oder Wolfgang Tröster, ☎ 09353 8181

Memmingen/Unterallgäu * Kontakt: Ute Haid, ☎ 0171 4244756, gew-unterallgaeu@gmx.de

München Fachgruppe Berufliche Schulen *
Kontakt: Joe Lammers, ☎ 089 3088243

München Fachgruppe Grund- und Mittelschulen
Termine: gew-muenchen.de
Ansprechpartnerin: Christiane Wagner, christiane.wagner@gew-bayern.de

München Fachgruppe Gymnasien * Kontakt: Michael Hatala, ☎ 0176 39579577, michael.hatala@gew-muenchen.de

München Fachgruppe Hochschule und Forschung
Termin: Vgl. gew-muenchen.de/fachgruppen/hochschuleforschung/huf/
Kontakt: huf@gew-muenchen.de

München Fachgruppe Realschulen * Kontakt: Michael Hemberger, hembergermichi@gmail.com

München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe
Termine: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Wolfram Witte, ☎ 089 134654, WolframWitte@gmx.net

München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe
Treffen nachfragen * sozpaed@gew-muenchen.de
Programm: www.gew-muenchen.de

München Lehramtskampagne an der Universität und GEW-Studierende, Kontakt: la-m@gew-bayern.de

München AK Personalräte und Vertrauensleute
monatliche Treffen: Mittwoch 17.00 Uhr, *
Kontakt: Mathias Sachs, SachsMathias@aol.com

München AK Union Busting * Kontakt: ak-ub@gew-muenchen.de

München GEW-Seniorinnen und Senioren
Jour-fixe-Termine nachfragen *
Kontakt: Irene Breuninger, ☎ 089 7853746

Neumarkt/Oberpfalz
Treffen nachfragen* Kontakt: sigrid-schindler@web.de

Neu-Ulm/Günzburg
Treffen: monatlich, * Gasthaus Lepple, Vöhringen oder Zur Goldenen Traube, Witzighausen
Kontakt: Ulrich Embacher, ☎ 07307 23396, ulrich.embacher@gmail.com

Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen *
Kontakt: Steffi Ungethüm, Steffi.Ungethuem@stadt.nuernberg.de

Nürnberg Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe
Monatliche Treffen.
Kontakt: Mario Schwandt, sozpaedberufe@gew-nuernberg.de

Nürnberg/Fürth FG Sonderpädagogische Berufe Mittelfranken
Treffen nachfragen*
Kontakt: K. Höbner: khoebner@posteo.de und F. Kohl: florian.kohl@gew.bayern

Nürnberg/Fürth offener Stammtisch für alle Fachgruppen *
Kontakt: gew-mittelfranken@nefkom.net, ☎ 0911 6589010

Nürnberg Büro für Lebenserfahrung
Aktivitäten und Infos: gew-nuernberg.de
Kontakt: Wolfgang Streidl, ☎ 0171 9275449, wastreidl@yahoo.de

Nürnberger Land * Kontakt: Gerd Schnellinger, ☎ 0179 4259064, gerd.schnellinger@gew.bayern

Passau/Östliches Niederbayern Treffen alle zwei Monate
Kontakt: Tobias Korter, kv-passau@gew.bayern

Pfaffenhofen jeden 2. Donnerstag im Monat
20.00 Uhr, Griechisches Restaurant Sokrates in Niederscheyern
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 08441 71192, Lang-Reck@t-online.de

Regensburg jeden 2. Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, im »Stefanos«, Ostengasse 16 (»Brandlbräu«),
Bürozeit: jeden Donnerstag außerhalb der Ferien von 18.00-19.00 Uhr im Büro in der Obermünsterstr. 4
Kontakt: Peter Poth, ☎ 0941 566021

Roth/Schwabach/Hilpoltstein *
Kontakt: Joscha Falck, gew.rh-sc@gmx.de

Schweinfurt jeden 2. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 09721 186936

Sulzbach-Rosenberg jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr Gaststätte Sperber
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 09661 7755, manfred.schwinger@asamnet.de

Weiden jeden 2. Monat, 19.30 Uhr, an wechselnden Orten *
raul.vitzthum@gew.bayern, Kontakt: Raul Vitzthum, ☎ 0151 15551475

Weilheim-Schongau/Garmisch-Partenkirchen *
Kontakt: Elisabeth Schlichte, ☎ 08822 949343
wm-sog-gap@gew.bayern

Weißenburg (Mfr.) jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr Casino
Kontakt: Harald Morawietz, post@gew-wug.de, gew-wug.de

Würzburg monatliche Treffen, *
19.00 Uhr, Gaststätte »Am Stift Haug«, Textorstr. 24, 97070 Würzburg
Kontakt: Jörg Nellen, ☎ 0931 29194129, presse@gew-unterfranken.de